

Die Wahrheit über die Soldatenverschwörung im 4. Armeekorps (Magdeburg).

■ ■ ■
Herausgegeben von der Unabhängigen
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Ortsgruppe Magdeburg.

27681

■ ■ ■ Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Ein klassisches Beispiel, wie
„Spartakisten- und Unab-
hängigen-Putsche“ in Szene
gesetzt werden und wer ihre
wirklichen Urheber sind.

N 10918

Preis 30 Pfennig.

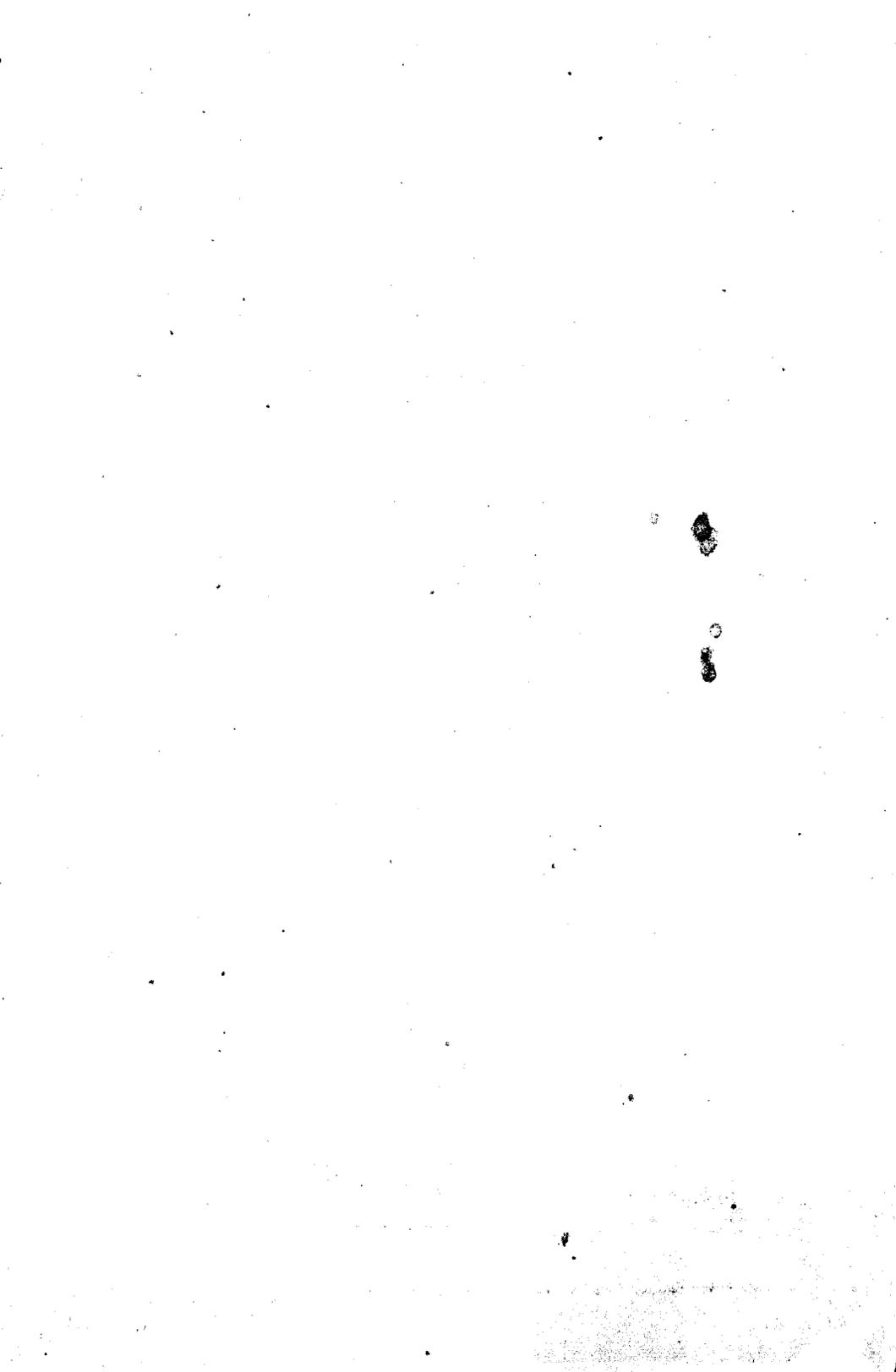
C9
IV, 16

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Partei Vorstand
Bibliothek



Verlag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Orts-
gruppe Magdeburg. — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Buchdruckerei.
Halle a. d. S., Sarz 42—44.

27681





Vorwort.

Seit Jahren wird in der Magdeburger sozialdemokratischen Bewegung von führenden Sozialdemokraten, unter denen besonders Weims zu erwähnen ist, eine systematische Hebe und Verleumdung gegen diejenigen unternommen, die es wagen, anders wie sie zu denken. Mit allen Mitteln sind diese Parteigenossen unterdrückt und von der Parteiarbeit ausgehakt worden. Einen besonders häßlichen Grad erreichte dieses verwerfliche Vorgehen während der Zeit des Krieges.

Die Kriegspolitik der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteivorstandes rief auch unter den Magdeburger Arbeitern bestige Opposition hervor. Als Antwort darauf veranlaßte Weims den Ausschluß einer Anzahl Angehöriger der Partei aus der Organisation. Diese Handlung mußte naturgemäß die Sprengung der Parteiorganisation am Orte zur Folge haben.

Mit allen Mitteln wurde der Kampf gegen alle, die sich von der Partei trennten, bis zum Ende des Krieges fortgesetzt. Der Ausbruch der Revolution schien dann den Zwist zu beendigen und die sozialistische Bewegung am Orte wieder einheitlich zu gestalten.

Schon nach wenigen Wochen jedoch setzten die verwerflichen Heben und Verleumdungen durch Weims und Genossen gegen die Angehörigen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei von neuem ein und steigerten sich mit jeder Woche. Dabei verschmähte besonders Weims selbst die verwerfliche Waffe des rein persönlichen Kampfes nicht, wenn es nur galt die Lug- und Trugpolitik seiner Partei zu rechtfertigen. Ihren Gipfelpunkt aber erreichten sie in jenen Vorgängen, die als Soldatenverschwörung im 4. Armeekorps der Oeffentlichkeit bekannt wurden.

Nachstehende Meldung des Volkswirtschaftlichen Telegraphischen Bureaus erschien am 5. April 1919 in den Tageszeitungen:

Geplante Militär-Revolution.

W. F. W. Berlin, 4. April. In mehreren Städten wurde in der letzten Zeit der Versuch gemacht, militärische Formationen für eine im April vorzunehmende Militärrevolution zum Zweck des Sturzes der Regierung, Sprengung der Nationalversammlung, zur Ausrufung der Märzrepublik zu gewinnen. So fanden in Magdeburg und Berlin Besprechungen statt, woran neben Soldaten Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokraten teilnahmen. In erster Linie sollten Soldaten des Magdeburger 4. Armeekorps, dessen Zentralrat an den Erörterungen beteiligt war, und Formationen des 21 und 16. Armeekorps an dem Unternehmen beteiligt sein. Die beiden letzten Armeekorps hatten ihren früheren Standort in Vohbrinagen. Die Regimenter demobilisierten in Orten, die im Bezirk des 4. Armeekorps liegen. Die Leute sind nicht immer gut untergebracht, die Unteroffiziere sind wegen ihrer Zukunft besorgt.

Die vorhandene Unzufriedenheit wollten verbrecherische politische Drahtzieher ausnutzen, indem sie den politisch und wirtschaftlich wenig erfahrenen Soldaten klar zu machen suchten, es sei nur nötig, die Regie-

zung zu stürzen, um ihnen eine angenehme Zukunft zu garantieren. Das wirkte bis zu einem gewissen Grade bei einer Anzahl Soldaten, da ihnen der Erfolg als ganz sicher in Aussicht gestellt wurde. Nachdem in Magdeburg der Plan erörtert worden war, wurde in den letzten Tagen von Verschwörern in Berlin bei Truppenteilen der Versuch gemacht, sie zur Teilnahme an dem Handstreich zu gewinnen.

Der Plan ist der Regierung in seinen Hauptteilen bekannt. Für alle Fälle traf der Reichswehrminister als Oberkommandierender Anordnungen, wodurch gewährleistet wird, daß jeder Erhebungsversuch auf das nachdrücklichste unterdrückt werden kann.

Zu dieser Meldung von amtlicher Stelle machten einzelne bürgerliche Zeitungen ihre besonderen Notizen; so wurde auch angeführt, daß Verhaftungen bevorstünden.

Am 6. April, abends gegen 7 Uhr, wurde dann auch tatsächlich der Stadtverordnete und Führer der Unabhängigen Alwin Brandes in seiner Wohnung durch drei Offiziere im Auftrage des Reichswehrministers Roske verhaftet. In derselben Nacht, gegen 4 Uhr morgens, erfolgte durch vier Offiziere die Verhaftung der beiden Mitglieder des Zentralsoldatenrates 4. A. R., Beamtenstellrectoret Volker und Gefreiter Regel. Die Verhafteten wurden getrennt in zwei Automobilen unter Begleitung der Offiziere nach Berlin gebracht und dort ins Zellengefängnis Moabit überführt.

Die Folge dieser heimlichen nächtlichen und wie sich später herausstellte, völlig grundlosen Verhaftungen, die lediglich, dies wird die Broschüre beweisen, durch eine schamlose, gemeine Hetze und Lockspitzerei herbeigeführt waren, gaben zu großer Verbitterung unter den Arbeitern und Soldaten Veranlassung, die zum Streike, Unruhen, Plünderungen und endlich zu der von gewissen Kreisen der Bevölkerung gewünschten Besetzung Magdeburgs durch Regierungstruppen führten. Hierbei kam es zu Blutvergießen, bei dem unschuldige Opfer ihr Leben mußten.

Dank der eifrigen Bemühungen eines Teiles der Arbeiterschaft und der unabhängigen Fraktion des gerade in Berlin tagenden Rätekongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands einerseits und der völlig haltlosen Anklagen andererseits erfolgte die Freilassung der zu Unrecht Verhafteten nach sechs Tagen.

In der nachfolgenden Darstellung der wirklichen Vorgänge wird ein der Wahrheit entsprechendes Bild der Ursachen dieser Vorgänge geschildert und das jämmerliche Treiben der Führer der sozialdemokratischen Partei beleuchtet, die allein Schuld an der Spaltung der Arbeiterschaft nicht nur in Magdeburg, sondern infolge ihres Einflusses in den zentralen Instanzen der S. P. D. auch in der gesamten sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands haben. Diese Begebenheiten liefern aber auch ein klares Beispiel, wie nicht nur in Magdeburg, sondern allwärts die „Spartakistischen und Unabhängigen Putzsch“ in Szene gesetzt und das erwachende Gewissen der werktätigen Arbeiterschaft von der rechtssozialistischen „Volksregierung“ und seiner treuen Trabanten in Verbindung mit Bürgertum und Reaktion durch Verleumdungen und Hetzen niedrigster Art in seinem nach Einigkeit strebenden Wollen, systematisch vergiftet und dann mit brutaler Gewalt durch Roskegardien niedergeknüppelt wird.

Möge diese Broschüre ihren Lesern die Augen öffnen, bei welcher Partei für wirkliche Freiheit und Recht im sozialistischen Sinne gekämpft wird. Möge sie aber auch beweisen, daß es für diese Regierung, insbesondere für deren sozialdemokratische Minister nur noch einen Weg gibt — abzudanken und den Schauplatz ihrer jämmerlichen, volksbetrügerischen Tätigkeit schleunigst zu verlassen und einer wirklichen sozialistischen Regierung Platz zu machen. Dann erst wird die von der jetzigen unfähigen Regierung entfachte Leidenschaft des Brudermordes und Bürgerkrieges verstummen und der Weg frei werden für eine Einigung des gesamten Proletariats.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei.



Reaktionäre Wühlarbeiten.

Am 5. April 1919 überraschte eine amtliche Meldung des W. T. W. die Öffentlichkeit mit der Mitteilung von einer Soldatenverschwörung in Magdeburg. Sie wurde das Signal zu einer Heze gegen die Unabhängige Sozialdemokratie und den Zentralsoldatenrat des 4. Armeekorps. Letzterer war bisher dem Befehl Röstes und des Kriegsministeriums, das Armeeverordnungsblatt Nr. 8, welches bei seinem Erscheinen fast von allen Armeekorps abgelehnt worden war, anzuerkennen, nicht nachgekommen. Besagtes W. T. W. Blatt Nr. 8 ordnet die Wiedereinführung der Kommandogewalt der Offiziere und sowohl die militärische wie die politische Kaststellung der Soldatenräte an. Es befiel deshalb seit Monaten eine zunehmende Spannung zwischen Reichswehrminister und Zentralsoldatenrat, zumal fast alle Armeekorps nach und nach, zum Teil dem Druck der Verhältnisse gehorchend, zum Teil der Gewalt weichend, das W. T. W. Blatt Nr. 8 anerkannten. Trotzdem lehnten die Delegierten der Soldatenräte und der Zentralsoldatenrat, in welchem Mitglieder der U. S. K. hervorragend tätig waren, die Verordnung ab, um sich und den Soldaten ihre durch die Revolution erworbenen Rechte zu sichern.

Auch im Wachtregiment und der Bürgerwehr, die beide in der ersten Zeit der Revolution zum Schutze derselben errichtet wurden, vermischten gewisse Kreise den Geist Röstes. Immer und immer wieder zogen die Reaktionäre in Wort und Schrift gegen diese Revolutionseinrichtungen zu Felde, und auch die rechtssozialistische Zeitung mißtraute sowohl dem Zentralsoldatenrat als auch dem Wachtregiment und der Bürgerwehr, weil diese nicht nach der Pfeife des Diktators Weims, Bezirkssekretär der Sozialdemokratischen Partei, tanzten. Unangenehm war jenem nur, daß alle drei verhältnismäßig gut arbeiteten, so daß selbst die bürgerlichen Vertreter der Behörden und die bürgerliche Presse ihre Tätigkeit lobend anerkannten. Gemeinsam mit dem Exekutivauschuß des Arbeiter- und Soldatenrates trugen sie das Verdienst, daß Magdeburg zu den wenigen Städten Deutschlands zählte, in denen die Sicherheit und Ordnung während der ganzen Revolutionszeit aufrechterhalten war. Nur einmal schien es, als ob die genannten Einrichtungen versagt hätten. In der Nacht vom 4. zum 5. Februar 1919 wurde das Gefängnis des Justizgebäudes gestürmt, die Gefangenen befreit und die Vorratskammern geplündert, ferner im Anschluß daran einige Läden der Stadt geplündert. Der Exekutivauschuß konnte jedoch den Nachweis führen, daß drei seiner Mitglieder durch Zufall Kenntnis von dem beabsichtigten Putzsch so zeitig bekamen, daß sie den noch immer auf seinem Posten befindlichen Polizeipräsidenten der vorrevolutionären Zeit rechtzeitig benachrichtigten und mit ihm die Abwehr vereinbaren konnten. Dieser sorgte jedoch nur für seine eigene Sicherheit und ließ die ihm zur Verfügung stehenden Mannschaften der Polizei, der Bürgerwehr und die Wache des Wachtregiments ohne jede Anweisung, obwohl es diesem ein leichtes gewesen wäre, den Putzsch im Keime zu ersticken. So konnten die am Putzsch Beteiligten den Eingang zum Gefängnis, der dicht neben dem Polizeipräsidentium liegt, etwa 1½ Stunde mit Handgranaten bearbeiten, ohne daß vom Polizeipräsidentium den wenigen Beamten, die das Gefängnis zu öffnen ablehnten, Hilfe geworden wäre. Am folgenden Tage setzte dann eine müßige Heze der bürgerlichen Blätter gegen die Revolutionseinrichtungen ein. Der Exekutivauschuß sorgte jedoch dafür, daß der wirklich Schuldige bekanntgegeben wurde, und die Heze verstummte.

Was damals nur wie eine unverantwortliche Vernachlässigung aussah, erscheint nach den Vorgängen der letzten Wochen in einem ganz anderen Licht. Mit dem Gelingen eines solchen Putsches konnten die bestehenden Revolutionseinrichtungen discreditiert, konnte der Nachweis erbracht werden, daß die staatlichen Zwangsmittel der Zeit vor der Revolution wieder eingeführt werden müßten. Es scheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß dieser Putsch von reaktionärer Seite veranlaßt wurde. In diesem Falle schlug der Versuch jedoch dann fehl; die Reaktionäre aber arbeiteten weiter und fanden bei ihren Plänen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, Angestellten und Soldaten bereitwilliges Entgegenkommen bei der Regierung, besonders bei den sozialistischen Ministern derselben, wofür nachstehendes Ferngespräch aus Weimar an die Offiziere des Generalkommandos, das dem Zentralsoldatenrat am 1. März bekannt wurde, Zeugnis ablegt:

Nach hierher gelangten Mitteilungen sollen in Magdeburg Unruhen ausgebrochen sein. Ich erwarte von dem Generalkommando auf das Bestimmteste, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften, unter denen sich nach meiner Kenntnis der Sachlage mehrere Hundert beherzte Männer befinden, daß Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden. Ich ermächtige das Generalkommando ausdrücklich, im Einvernehmen mit den Zivilbehörden den Belagerungszustand über Magdeburg zu verhängen und von der Waffe gegen Unruhestifter Gebrauch zu machen.
Der Reichswehrminister.

Die Offiziere im Generalkommando erklärten selbst bei der Besprechung mit dem Zentralsoldatenrat, daß ihnen von Unruhen nichts bekannt sei. Sie teilten bei dieser Gelegenheit mit, daß das Generalkommando aufgefordert sei, täglich zweimal über die Zustände in Magdeburg nach Weimar telephonisch zu berichten, und sie hätten wahrheitsgemäß berichtet, daß alles ruhig sei, und würden dies auch ferner der Wahrheit entsprechend tun. Einige Tage später entdeckte die Bürgerwehr durch Zufall, daß Gewehre in sehr großen Mengen unter recht verdächtigen Umständen zu Offizieren oder Offizieren nahestehenden Personen gebracht wurden. So lud der Rutscher eines Nollwagens der Firma Hauswaldt-Neustadt bei dem Willenbesther Richter, Prokurist der Firma Schäffer & Bubenberg, Lenestraße, eine Kiste mit 30 Gewehren ab. Sie wurde von der Bürgerwehr beschlagnahmt. Richter gab an, er erwarte „eine Kiste Wein“ und verweigere, falls die Kiste andere Gegenstände enthalte, die Annahme. Die Bürgerwehr verlangte die Öffnung der Kiste, worauf ein von Richter herbeigerufener Polizeikommissar die Leitung übernahm und, nachdem die Kiste ein wenig geöffnet war, erklärte, sie enthalte tatsächlich Wein. Die hartnäckige Bürgerwehr öffnete jedoch weiter und stellte nicht Wein, sondern die bereits angegebene Zahl Gewehre fest.

Beim Vorsitzenden der militärischen Vorbereitungsanstalt Dr. Schrader wurden zwei gleichartige Kisten beschlagnahmt. Die Gewehre waren bereits verteilt. Der Festnahme entzog sich Sch. durch Flucht.

In der Villa des Besitzers der Firma Hauswaldt, Herrn Päs, wurden drei Kisten mit Gewehren beschlagnahmt. Er gab an, daß er die Gewehre zur Bewaffnung „seiner Arbeiter“ (1) beschafft habe. Im Gespräch mit den Bürgerwehrleuten erklärte Frau Päs, daß sie völlig beruhigt sei, da sie nunmehr wisse, daß die Bürgerwehr im Auftrage des Polizeipräsidiums handle.

Die Firma Polte hatte einem hiesigen Waffenhändler 50 000 SS-Patronen geliefert. Letzterer weigerte sich, diese der Bürgerwehr auszuliefern. Als diese Hilfe holte, waren die Patronen verschwunden. Später sind sie dann doch noch beschlagnahmt worden.

Während der Arbeiter- und Soldatenrat alles darangesetzt hatte, um Waffen und Munition restlos der Bevölkerung abzunehmen, wurden Waffen und Munition in großen Mengen verteilt, ohne daß die genannten Körperschaften der Revolution eine Ahnung hiervon hatten. Wer lieferte die Waffen? Der Zentralsoldatenrat leitete sofort eine Untersuchung ein; dabei fiel ihm durch Zufall das mit nachstehendem Wortlaut versehene Schriftstück in die Hände:

V o l l m a c h t

Inhaber dieses, der Fabrikbesitzer, Oberst. d. Res. Sedtke aus Magdeburg, wird bevollmächtigt, für Magdeburg die listenmäßige Aufstellung einer Einwohnerwehr aus allen Schichten der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, im Einverständnis mit den örtlichen Behörden durchzuführen und die Ausrüstung mit Hilfe des Generalkommandos des 4. A.-R. vorzubereiten und sicherzustellen. Die Einwohnerwehr ist militärisch an die Garde-Schützen-Kavallerie-Division angegliedert.

U. B.:

Siegel.

gez. P a b s t,

gez. R o s t k e,

Hauptmann u. Generalstabsoffiz. G.-R. (Sch.-D.) Reichswehrminister.

Für die richtige Abschrift: gez. Eggert, Kriminal-Polizei-Inspektor.

Der Chef des Stabes des Generalkommandos erklärte dem Zentralsoldatenrat, daß er von der Bildung dieser Einwohnerwehr „dienstlich“ keine Kenntnis habe. Die Untersuchung durch den Waffenoffizier des Generalkommandos ergab:

1. Sämtliche bisher beschlagnahmten Waffen sind den zuständigen militärischen Stellen zugeführt. Ein Auftrag zur Ausgabe der Waffen hat von seiten des Generalkommandos nicht vorgelegen, sie sind seitens der Heeresverwaltung auch nicht Privatpersonen überwiesen worden.

2. Im Februar gingen mit Räumungsgütern mehrere hunderttausend Gewehre ein, hierunter befanden sich auch Sendungen für Berliner Freikorps. Auf Anweisung Berlins wurden die Waffen vorläufig hier behalten und bei den Spediteuren auf Abruf untergestellt, da sie auf dem Wasserwege nach Berlin abtransportiert werden sollten. Diese Maßnahme wurde damit begründet, daß der Bahntransport wegen Verraubung durch Spartakisten unsicher sei.

3. Nach Mitteilungen des Kriminalinspektors Eggert wurden die Gewehre von den Bürgern abgeholt, die sie zur Bildung der freiwilligen Einwohnerwehr, bestehend aus Bürgern aller Bevölkerungskreise verwenden wollten. Ob die Einwohnerwehr mit Einverständnis der Garde-Kavallerie-Schützen-Division oder der Berliner Freikorps handelte, entzieht sich diesseitiger Kenntnis.

Obwohl also in Magdeburg alles vollkommen ruhig war, arbeiteten die gegenrevolutionären Schichten in der hier angeführten Weise in aller Heimlichkeit.

Mitte März befahl Roske telegraphisch die sofortige Aufstellung eines Sicherheitsbataillons in Stärke von 500 Mann durch das Generalkommando. Gleichzeitig mit diesem Telegramm wurde dem Soldatenrat ein fertiges Schriftstück über die Art und Zusammenstellung des Bataillons durch den Hauptmann beim Stabe des Generalkommandos überreicht zwecks Stellungnahme. In diesem Schriftstück war bereits der Führer bestimmt, ferner angeführt, daß die Ernennung der Kommandoführer durch das Generalkommando erfolge und daß das Bataillon mit einer Minenwerfer-Kompagnie auszustatten sei, kurz es war eine Zusammenstellung ganz nach dem alten reaktionären Muster. Der Zentralsoldatenrat lehnte zunächst zum Befehl Roskes eine Stellungnahme überhaupt ab, da die Ausführung dieses Befehls zu schweren Konflikten mit den bisher ihre Pflicht erfüllenden Sicherheitsmannschaften und auch den Truppenangehörigen des alten Heeres führen mußte. Er trug deshalb die Angelegenheit dem Exekutivausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates vor, welcher dann in der am folgenden Tage stattfindenden Vollversammlung der A.- und S.-Räte nach erregter Debatte folgenden Beschluß faßte:

Die Vollziehung des Arbeiter- und Soldatenrates Magdeburg nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Anordnung des Wehrministers Roske, zum Schutz der Stadt Magdeburg sofort die Bildung eines Sicherheitsbataillons vorzunehmen, da zu dieser Maßnahme jede Veranlassung fehlt. Ihre Durchführung erst wird die Ruhe und Ordnung in erheblicher Weise stören.

Die Vollstreckung protestiert gegen solches Vorgehen und ermahnt vom Exekutivausschuß und vom Zentralsoldatenrat sofortige Schritte zur Zurücknahme jener Anordnung. Sie fordert Aufklärung, wer diese Anordnung veranlaßt hat.

Die vorgenannten Körperschaften delegierten Brandes als Vorsitzenden des Exekutivausschusses, Regel vom Zentralsoldatenrat und Leske vom Garnisonsoldatenrat nach Berlin, um bei Noske die Zurücknahme des Befehls zu erwirken, insbesondere aber auch, um die geheimnisvollen Kräfte zu ermitteln, die hinter der Aktion stecken.

Das Generalkommando 4. A. St. also erklärte nicht die Veranlassung gegeben zu haben, auch Oberbürgermeister Reimarus versicherte, daß die Stadt zwar bei jenem Putsch gegen das Justizgefängnis nach Berlin berichtet habe, seitdem aber habe keine Ursache Urjache vorliegen. Der Stabschef Noskes, Major von Gilsa und der politische Abteilungschef im Generalkommando Lüttwitz, Major von Hammerstein, erklärten dagegen, sie hätten sowohl von Behörden als von Bürgern Mitteilungen über Magdeburg erhalten, ganz besonders auch von rechtssozialistischer Seite, worauf sie besonders Wert legten. Alle Berichte lauteten dahingehend, daß es in Magdeburg absolut nicht so ruhig aussehe, wie es die Delegation schilderte. Namen zu nennen, müßten sie ablehnen, erklärte v. Hammerstein, „da die Namensnennung immerhin bei der jetzigen Zeit nicht ohne Folgen für die Betroffenen sein könne“.

So wurde hinter dem Rücken der gewählten Vertretung der Arbeiter und Soldaten gewählt und total falsche Nachrichten nach Berlin und Weimar gegeben. Und die sozialistischen Minister —?? Sie erließen die folgenreichsten Anordnungen, ohne auch nur eine einzige Auskunft von der Körperschaft einzuholen, die wirklich imstande und berufen war, eine der Wahrheit entsprechende Auskunft zu geben; ohne den Exekutivausschuß des A- und S-Rates zu befragen, obgleich er in der Mehrheit aus Rechtssozialisten bestand, wenn auch die eigentlich ausweichenden Mitglieder Angehörige der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei waren.

Unangenehme Entdeckungen.

Ende März ereigneten sich aber noch andere Dinge, die dem Wachregiment und dem dieses bedeckenden Zentralsoldatenrat, sowie dem Exekutivausschußvorsitzenden Brandes den Haß der „oberen Zehntausend“ und den heftigen Widerspruch behördlicher Stellen eintrugen. Die Kriminalabteilung des Wachregiments beschlagnahmte am 28. März in der Wohnung des Kommerzienrates Strauß, Magdeburg, die nachstehenden Sachen: 30 neue Hemden, 5 Unterhosen, 3 Gefangenenhosen, 2 Gefangenenjacken, 10 Meter Warchent, 1 Ballen weißen Warchent, 1 Ballen Normaltuch, 1 Ballen Messel, 1 Ballen graues Tuch, 23 kleine Gebinde Wolle, 3 Ohrenschützer, 3 Aniemärmer, 1 Baschlic, 500 Meter Unterhosenband, 10 große Rollen Zwirn, 2 Päckchen Zwirn, 14 lose Rollen Zwirn, 100 Duzend Hemdenknöpfe, 5 Pack weiße Wolle, 3 Paar Strümpfe und 40 Tüten Zucker.

Nach Angaben der Frau Kommerzienrat Strauß, war diese fast während der ganzen Dauer des Krieges Vorstandsdame des Vaterländischen Frauenvereins und sollten diese Sachen lediglich deshalb in ihre Wohnung gebracht worden sein, weil die Räume der Kunstgewerbeschule geräumt werden sollten. Von hier aus sollten sie an die arme Bevölkerung verteilt werden. Gegen diese Angabe spricht jedoch, daß Frau Strauß bei Ankunft der Sachen, die in Koffern verpackt waren, zu einer ihrer Angestellten sagte: „Stellen Sie die Koffer in den Salon, da sind alte Sachen drin.“

Die Gegenstände wurden beschlagnahmt und durch die Beamten des Wachregiments in Gewahrsam gebracht. Kurz darauf wurde das Wachregiment nochmals angerufen und darauf aufmerksam gemacht, daß in einer zimmerhohen Gipsfigur noch Nudeln, Zucker, Piggaren, Sekt usw. lagerten. Ferner seien in der Wohnung noch ein großer Teil Lebensmittel und ein anderer großer Teil sei aus der Vorratskammer nach dem Zimmer 13 in der Brandenburgstraße gebracht worden. Dort sollen auch während der Zeit der ersten Beschlagnahme etwa zwei Zentner Nudeln in der Dampfheizung verbrannt worden sein. Bei der nun nochmals vorgenommenen Haussuchung wurde das Nachstehende zu Tage gefördert:

Auf den Bodenräumen in einem kunstvoll hergerichteten kleinen Geheimraum, zu dem zunächst der Schlüssel „nicht zu finden war“, große Mengen Zucker, Reis, Tee, Kakao, Meisstärke und Kerzen. Hinter Kisten und Koffern in der äußersten Ecke etwa 12 Pfund Bonbon. In einem anderen Bodenraum lagen Lebens- und Genußmittel verschiedenster Art, darunter etwa 20 Pfund Bonbon und 20 Liter Petroleum. In einem Kleiderschrank wurden den Schokolade, Schokolade, Tee, Liebesgabenpäckchen, die mit Zucker ufm. gefüllt waren, und dergleichen mehr gefunden. In einem Vertiko befanden sich neben silbernen Geräten mehrere Beutel des feinsten Reises, sowie ebenfalls Zucker, Kakao usw. Im Salon wurde ein Rohrplattenkoffer mit Fleischbüchsen vorgefunden und in mehreren größeren Behältern Wein, anscheinend unversteuert und außerdem noch verschiedene Fleischbüchsen, die jedoch als „Gemüse“ bezeichnet waren. Die Lebensmittel auf der Bodenkammer konnten nach Ansicht der Frau Strauß „nur von den Mädchen“ dort versteckt worden sein, denn sie wisse nichts davon.

Nachdem diese Sachen sämtlich beschlagnahmt waren, sollte ihre Abholung durch ein Gespann zwei Tage später erfolgen. Als die beiden Beamten des Wachtregiments mit dem Gespann am Hause anlangten, fanden sie dort einen Kriminalwachmeister und zwei Polizeibeamte vor, welche ihnen erklärten, daß sie im Auftrage des Regierungsrates Harte (Vertreter des Polizeipräsidenten) und des Stadtrates Mueller hier seien und Befehl hätten, den beiden Leuten vom Wachtregiment den Eintritt in die Straußsche Wohnung zu verwehren.

Die beiden Beamten des Wachtregiments wandten sich nunmehr an den Zentralsoldatenrat, der sie zunächst an den örtlichen A- und S-Rat verwies. Da jedoch ein Exekutivauschüßmitglied nicht gleich zur Stelle war, setzte sich der Zentralsoldatenrat mit dem Regierungsrat Harte in telephonische Verbindung und wurde ihm auf seine Anfrage von demselben mitgeteilt, daß die Beschlagnahmen seines Erachtens nach auf jeden Fall zu Unrecht erfolgt seien, denn erstens sei die betr. Dame über jeden Zweifel erhaben, zweitens gehörten die Sachen dem Nationalen Frauenbund, drittens aber könne er es unter keinen Umständen dulden, daß das Wachtregiment in Privatwohnungen Hausdurchsuchungen vornehme, denn hierzu sei lediglich das Polizeipräsidium da und er habe aus diesem Grunde das Haus besetzen lassen und könne auch von seinem Standpunkte nicht abweichen.

Vom Zentralsoldatenrat wurde ihm erwidert, warum er dann nicht sofort die Angelegenheit in die Hand genommen habe, sondern das Haus ganz eigentümlicherweise noch besetzen lasse? Da ja im übrigen die Frau Strauß nach seiner Ansicht über jeden Zweifel vollkommen erhaben sei und nunmehr durch die Hausdurchsuchung doch gewissermaßen kompromittiert sei, könne man ja, um den Irrtum zu klären, die ganze Angelegenheit der Presse übergeben. Hierüber scheinbar etwas erkümmert, bat Regierungsrat Harte mit der Veröffentlichung noch einige Tage zu warten, da es ja immerhin möglich sei, daß er eingreifen müsse, jedenfalls wolle er erst gern die Sache untersuchen.

Auf die spätere erneute Anfrage erklärte er dann, daß er die Beschlagnahme einiger Sachen habe veranlassen müssen, über die ganze Angelegenheit jedoch noch nicht alle Akten habe. Da der Verdacht nahe lag, daß die ganze Angelegenheit durch diese Taktik verschleppt und während dieser Zeit ein Teil der Sachen verschwinden, oder versucht werden würde, sie rechtsmäßig unterzubringen, und da es ferner dem Zentralsoldatenratsmitglied Regel nicht einleuchtete, daß man Schokolade, Lebensmittel und sonstige Gegenstände, die angeblich an die arme Bevölkerung zur Verteilung gelangen sollten, in Kleiderschränken, Gipsfiguren usw. aufbewahrt, übergab derselbe die ganze Angelegenheit dem Exekutivauschüßvorsitzenden Brandes zwecks weiterer Veranlassung.

Inzwischen hatte die Kriminalabteilung des Wachtregiments Kenntnis erhalten, daß in der Straußschen Sommerwohnung noch größere Mengen Wein usw. und im Garten vergraben eine Kiste mit Fleischbüchsen vorhanden sein sollten. Um den Beamten die Beschlagnahme zu ermöglichen, erhielten sie vom Exekutivauschüß Vollmacht. Herr Regierungsrat Harte wurde hiervon unterrichtet, war mit dieser Vollmacht jedoch nicht einverstanden und erklärte, daß zumindest einer seiner Kommissare die Leitung der Durchsuchung übernehmen müsse. Dies wurde abgelehnt, dagegen sei gegen die Anwesenheit eines Kommissars nichts einzuwenden. Dies wieder

lehnte Regierungsrat Harte ab und erklärte sich beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten wenden zu wollen. Bei der Durchsuchung wurden dann 22 Fleischbüchsen, die im Garten vergraben waren, vorher jedoch zu Tage gefördert waren, beschlagnahmt. Von einer weiteren Durchsuchung wurde in Anbetracht der Differenz zwischen Exekutivausschuß und Regierungsrat Harte an diesem Tage abgesehen. Da die Angelegenheit nunmehr der Presse übergeben wurde, gingen von zuverlässiger Seite dann die nachstehenden Mitteilungen ein:

„In den letzten zwei Jahren sind im Straußischen Haushalt etwa vier Zentner Haferkloßen und Grieß (angeblich verdorben) an das Vieh verfüttert worden. Ferner wurden im letzten Jahr ein Zentner gekochter Schinken, zirka ein Zentner Apfel- und Birnenkompott in 10-Pfund-Büchsen, sowie zirka 30 Pfund russischer und chinesischer Tee verbraucht, desgleichen außerdem große Mengen Lebensmittel verschiedener Art, die alle vom „Nationalen Frauendienst“ bzw. „Roten Kreuz“ herrühren sollen und nach der Straußischen Wohnung gekommen waren.

Nach der ersten Hausdurchsuchung in der Kunstgewerbeschule wurden auf Veranlassung der Frau Strauß die Lebensmittel aus der Vorratskammer nach den unteren Räumen gebracht und dortselbst die bereits erwähnten zirka zwei Zentner Nudeln verbrannt, da sie angeblich verdorben waren, außerdem wurden zirka 75 Flaschen dänische Milch vernichtet. Dann wurden ungefähr 200 bis 250 2-Pfund-Tüten Zucker und 200 Tüten Malzkaffee sowie andere Lebensmittel im Zimmer 13 der Kunstgewerbeschule untergebracht und dem Städtischen Lebensmittelamt zur Verfügung gestellt.

Während in der Straußischen Wohnung die zweite Hausdurchsuchung vorgenommen wurde, ordnete Frau Strauß an, daß 17 Rollen weißer Zwirn und etwa 500 Seidenfäden verbrannt wurden. Dasselbe geschah, während die Beamten im oberen Stockwerk Hausdurchsuchung abhielten, mit drei Pfund Grieß. Außerdem wurden 14 Flaschen Sekt ausgegossen. In der Sommerwohnung haben sich noch große Weinvorräte, anscheinend unverksteuert, befunden. Sechs Körbe mit etwa 300 Flaschen Wein wurden an Sanitätsrat Wlitz in der Berliner Straße abgegeben.

Auf Grund besonders gemachter Angaben wurde nochmals Hausdurchsuchung gehalten und dabei aus dem Atelier des Prof. Wosselt etwa 300 Stück Bouillonwürfel, 8 2-Pfund-Tüten Zucker, 15 Pakete Malzkaffee, 7 Stück Kernseife und 20 Flaschen Sekt zutage gefördert. Die Lebensmittel waren Herrn Professor Wosselt und seinem Gehilfen, Herrn Strehl, von Frau Strauß geschenkt worden, die 20 Flaschen Sekt Herrn Strehl zur Aufbewahrung übergeben worden.

Die zu ihrem Hauspersonal gehörigen Mädchen sind von der Frau Kommerzienrat Strauß beeinflusst worden, nicht die Wahrheit betreffs der versteckten Lebensmittel zu sagen. Von dem Polizeikommissar wurde versucht die Angelegenheit zu unterdrücken und die Mädchen zu veranlassen, auszusagen, sie seien von den Beamten des Nachtregiments unhöflich behandelt worden, was jedoch von den Mädchen entschieden abgelehnt wurde.

Die Personen, die obige Angaben gemacht haben, sind bereit ihre Angaben nötigenfalls zu beschwören.

Trotzdem ist die ganze Angelegenheit im Sande verlaufen und man wird fragen, warum? Erstens wurde die Sache durch den Regierungsrat und vermutlich andere an der Sache interessierte Personen verschleppt. Dann wurde das Material dem Exekutivausschußvorsitzenden und Stadtverordneten Brandes übergeben, der die Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache bringen wollte, inzwischen jedoch verhaftet wurde. Man kann nunmehr getrost annehmen, daß es gelang, die beschlagnahmten Sachen zu beseitigen, oder durch „ebenfalls über jeden Zweifel erhobene Personen“ die nötigen Belege über die Herkunft der beschlagnahmten Sachen zu beschaffen. Man darf also heute getrost darauf rechnen, wenn die Sache nochmals genau untersucht würde, daß alles „in bester Ordnung wäre“.

Man wird nicht schlagern, wenn man annimmt, daß auch diese heikle Angelegenheit ihr Teil zur Herbeiführung der „angeblichen Verschwörung“ Letztzug.

Die Verschwörung.

So standen die Dinge, bevor die angebliche Magdeburger Soldatenverschwörung begann.

Was war nun Hochverräterisches geschehen?? Rechtssozialistische Soldatenräte des 4. und 21. Armeekorps erluchten den Vorsitzenden des Exekutiv-
 ausschusses, Brandes, im Geschäftszimmer des A.- und S.-Rates im Gebäude
 des Generalkommandos um eine Besprechung. Sie schilderten ihm die
 Empörung der aktiven Unteroffiziere im 16. und 21. Armeekorps über einen
 Befehl Noskes, nach welchem beide Armeekorps aufgelöst, die Unteroffiziere
 und Mannschaften, soweit sie nicht zur Reichswehr oder Freiwilligenver-
 bänden übertreten würden, entlassen, die Offiziere dagegen nur beurlaubt
 werden sollten. Da beide Armeekorps von Elßaß-Lothringen nach hier ver-
 legt worden waren und ihnen, wie sie angaben, mancherlei Versprechungen
 für ihre Zukunft gemacht worden waren, erblickten sie in dem Befehl eine
 unerhörte Härte, zumal ein großer Teil aktiver Unteroffiziere unter den
 gegenwärtigen Zuständen zum Eintritt in die erwähnten Formationen nicht
 bereit seien. Brandes hörte an diesem Tage zum ersten Male von der
 Empörung der aktiven Unteroffiziere gegen Noske und die Regierung. Um
 seine Meinung befragt, antwortete er, die Auflösung der beiden Armee-
 korps könne er nicht mißbilligen, da die sozialistische Arbeiterschaft schon seit
 langem mit Recht die völlige Auflösung des alten Heeres verlange, aber
 ebenso müsse auch die Entlassung der Offiziere verlangt werden. Es müsse
 also gegen diese ungleiche Behandlung Front gemacht werden. Dies könne
 am besten auf dem am 8. April stattfindenden Rätekongreß gemacht werden,
 auf welchem ja jedes Armeekorps durch Delegierte vertreten sei.

Die „Verschwörerzſung“.

Die Soldatenräte haken nunmehr Brandes um Einberufung einer
 Sitzung, in welcher sie den Vorstandsmitgliedern beider sozialdemokratischen
 Parteien Kenntnis von der Erregung in den beiden Armeekorps, insbeson-
 dere der aktiven Unteroffiziere geben könnten. Es lag kein Grund vor, ein
 solches Verlangen abzulehnen. Brandes verständigte sich deshalb mit
 H ä n ſ e n von der Sozialdemokratischen Partei und mit P e t e r s von der
 Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, d. h. mit den Leitern der beiden
 Parteien dahin, daß am selben Abend 9 Uhr, im Anschluß an die Sitzung
 des Exekutiv Ausschusses, diese Besprechung stattfinden sollte. Sämtliche Teil-
 nehmer waren auch um 9 Uhr zur Stelle, mußten aber warten, weil der
 Exekutiv Ausschuß mit seinen Beratungen noch nicht zu Ende war. Dennoch
 wurde an den folgenden Tagen von der rechtssozialistischen Parteileitung
 von einer „Nachtſung“, also einer bewußten Verdrehung der Tatsachen
 gesprochen und geschrieben und damit Stimmung gemacht für einen elenden
 Betrug, wie er in der Geschichte der sozialistischen Bewegung Magdeburgs
 noch nicht zu verzeichnen war.

Dieser Betrug tritt am klarsten zutage, wenn man sich die Zusammen-
 setzung der Teilnehmer an dieser durch Lug so geheimnisvoll gemachten
 „Nacht der Verschwörerzſung“ vor Augen führt. Von 14 Teilnehmern an
 der Besprechung gehörten 10 zu den Rechtssozialisten (davon 5 Unteroffi-
 ziere) und 4 zur Partei der Unabhängigen. Kommunisten waren weder zu-
 gegen, noch geladen. Kein Kommunist und kein Unabhängiger, mit Aus-
 nahme der an den Sitzungen am 2. April Beteiligten, hatte eine Ahnung
 von den Dingen, die ihnen dann in heckerischer Weise nachgesagt wurden.
 Wenn daher eine Verschwörung geplant war, so war dies nur von rechts-
 sozialistischer Seite geschehen. Angehörige dieser Partei hatten die Sitzung
 verlangt; sie stellten die große Mehrzahl der Teilnehmer an der Sitzung; sie
 trugen die Beschlüsse und Absichten der aktiven Unteroffiziere vor und er-
 gingen sich in den heftigsten Anklagen gegen Noske, die Regierung und die
 Offiziere. Sie trugen auch den Hauptteil der ganzen Aussprache, während
 die Mitglieder der U. S. P. mehr stille Zuschauer einer Verhandlung waren,
 in der eine heftige Abrechnung gegenüber der Politik der Rechtssozialisten
 durch ihre eigenen Anhänger erfolgte. Erst der siebenste Redner war ein
 unabhängiger Redner und erst am Schluß der Aussprache, als letzter, nahm
 Brandes selbst das Wort, um den Unteroffizieren gegenüber seinen Vor-
 schlag zu wiederholen: vom Rätekongreß Abhilfe zu verlangen. Einige Vor-
 standsmitglieder der Rechtssozialisten hatten jedoch im Laufe der Aussprache
 die politische Situation in so kurzsichtiger Weise beurteilt, daß Brandes sich
 ihnen gegenüber zu einigen Bemerkungen veranlaßt sah.

Er wies auf die mit jedem Tage zunehmende Gärung der breiten
 Massen der Arbeiter und Angestellten hin. In der Bewegung der Arbeits-

losen, der Kriegsbeschäftigten, ganz besonders aber in den Massenstreiks der Bergarbeiter, zu denen in letzter Zeit gewaltige Streiks der Angestellten und Beamten in der Metallindustrie und im Bankgewerbe gekommen seien, wären Flammenzeichen einer neuen Phase zu sehen, in welche die Revolution eingetreten wäre. Die Bewegung der Eisenbahner sei erst im Anfang. Nur Loren könnten annehmen, daß diese gewaltigen Erhebungen von einzelnen Herrern angestiftet würden. Mit der Arbeiterschaft sei jetzt auch die Intelligenz in den Kampf gegen den Kapitalismus eingetreten, weil auch diese Schichten mit dem bisherigen Ergebnis der Revolution unzufrieden seien. Wenn die Leiter der Rechtssozialisten diese gewaltigen Bewegungen ignorierten oder sich ihnen entgegenstellten, so werde die Entscheidung der Revolution über sie hinweggehen. Nach der langen Leidenszeit bedürfe das Volk und das Wirtschaftsleben der Ruhe, aber keine Ruhe auf Kosten der Arbeiter zur Wiedererstarkung des Militarismus und des Kapitalismus. Nur durch eine zündende Parole mit sofort nachfolgenden Taten könne das Vertrauen der Massen wiedergewonnen werden. Diese Parole sei: „Durchführung des Sozialismus mit Hilfe des Räteystems!“ Solange nicht in diesem Sinne energisch gearbeitet werde, würden alle Bewegungen, auch solche der Soldaten, in der Arbeiterschaft Magdeburgs Sympathie finden, wenn sie bezweckten, das Ziel der Revolution zu unterstützen. Es wurde dabei mit keinem Worte von Anwendung roher Gewalt gesprochen und es wurde in dieser Besprechung auch kein einziger Beschluß gefaßt. Da gegen den Vorschlag Brandes kein Widerspruch erfolgte, so war dieser eigentlich das einzige Ergebnis der „Verschwörer Sitzung“.

Sirngespinnste.

Den Rechtssozialisten war begreiflicherweise eine gleiche Aussprache und die gleichen Anklagen auf dem Rätekongreß, vor aller Öffentlichkeit, nicht angenehm. Vielleicht auch sahen sie durch die nur allzuwahren Worte Brandes, die um so mehr wirken mußten, wenn sie es sich im stillen selbst zugeben, daß er recht habe, ihre schon so wundervoll erbauten Throne stützen oder wenigstens wanken. Hier hieß es: vorbeugen; die Wahl der Mittel schien ihnen gleichgültig zu sein.

Sie berieten am nächsten Tage, also am 3. April, die Parteileitung Magdeburg zu einer Sitzung zusammen, zu der auch der Bezirkspartei sekretär Weims mitgeladen war. Mit seinem Eintreten nahm das Unheil seinen Anfang. Die Vorgänge nahmen ihren Lauf, die zu den Verhaftungen und infolge der Verhaftungen wiederum zu den Massen-Protesten und Sympathiestreiks der Industriearbeiter und Angestellten in Magdeburg und Umgegend, dann aber zum Einrücken der Moskogarde, Belagerungszustand, Blutvergießen und Todesopfern führte. Weims fuhr noch am selben Tage mit drei Teilnehmern der „Verschwörer Sitzung“, dem Parteisekretär Sähnfen, dem Volksfürsorgeangestellten Baer und dem der Aktiven Unteroffizier-Vereinigung angehörigen Oberfeuerwerker Seidenschaur zu Mosk nach Berlin. Was sie dort in Gegenwart des „Gerechtigkeitsministers“ Landsberg ausgesüßelt haben, erfuhr die Öffentlichkeit am folgenden Abend durch die amtliche Meldung des Wolffschen Telegraphischen Bureaus, die die Leser am Anfang der Broschüre im Originaltext abgedruckt vorfinden. Durch welche Lügennachricht diese Meldung in der Fassung zustande kam, wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Öffentlichkeit nie erfahren.

Diese Meldung war eine elende Täuschung der Öffentlichkeit und dazu angetan, um die unabhängigen Sozialdemokraten und die Soldatenräte in weiteren Mißkredit zu bringen, als wie es bereits durch die systematische Hebe der Rechtssozialisten geschehen ist.

Nach ihr sollten nur Soldaten und Mitglieder der Unabhängigen Partei an der Besprechung teilgenommen haben. Wie die Leser wissen, haben sowohl die Soldaten, d. h. die Unteroffiziere, fünf an der Zahl, und fünf zivile Vertreter der Rechtssozialisten daran teilgenommen, doch das verächtelt die Meldung. Sie belügt die Öffentlichkeit durch die Angabe, daß „verbrecherische Drahtzieher“ (womit natürlich die Mitglieder der U. S. P. gemeint sind) die Soldaten zum Sturz der Regierung aufgefordert hätten, daß sie ferner Berliner Truppenteile zur Beteiligung an einem Handreich veranlaßt hätten. Auch das letztere ist eine grobe Lüge, oder es müßte von rechtssozialistischer Seite geschehen sein.

Beims und die übrigen Mitglieder der Delegation haben dann bestritten, daß sie solche verartige Mitteilungen gemacht hätten, als sie die Wirkungen ihrer erbärmlichen Sondernungsweise sahen. Glauben wird ihnen dies kein verständiger Mensch. Gaben sie doch kein Wort des Widerspruchs erhoben, als in der Nummer der „Volkstimme“ am Abend des 5. April in einem Artikel mit der Ueberschrift „Soldatenverschöndrung“ der Betrug des offiziellen Telegraphischen Bureaus nicht nur wiedergegeben, sondern noch erweitert wurde. Es hieß in dem Artikel,

es seien „Soldatenrevolten in Vorbereitung“, die von unabhängiger und kommunistischer Seite geführt sind. . . . Die Soldatenräte haben von unabhängiger Seite die Zuficherung erhalten, daß sie von den Arbeitern durch Proklamierung des Generalfreiks unterstützt werden sollten. Der Plan war fertig, es fehlte nur noch das Signal.

Offenbar wußte man auch bereits, daß die Verhaftungen erfolgen sollten. Einer der Parteifunktionäre der Sozialdemokratischen Partei hatte bereits am 5. April im Grusonwerk zu Mitarbeitern erklärt, er beteilige sich nicht an einem Streik, wenn dieser aus Anlaß der Verhaftung von Brandes erfolgen sollte. Tatsächlich sollte die Verhaftung auch schon am Sonnabend, den 5. April, erfolgen, wie später der die Verhaftung leitende Offizier, Oberleutnant Graf Westarp, diesem auf der Fahrt nach Berlin erklärte. Sie unterblieb nur, weil Brandes am 5. April als Redner zu einer öffentlichen Versammlung nach Osterwieck gefahren war und am 6. April in Halberstadt an einer Parteikonferenz teilnahm.

Als Sähnfen von der Abwesenheit Brandes' am 5. April nachmittags durch ein Gespräch mit dem Zentralsoldatenratsmitglied Regel Kenntnis erhielt, war er sehr verwundert und erkundigte sich nach dem Ziel der Reise und wann Brandes zurückkomme. Sähnfen, Buer und Seidenschur protestierten nicht nur nicht, sondern unterstützten eine Resolution Krüger, die dieser nach einem Referat Beims' in der Funktionärsitzung der Sozialdemokratischen Partei am Sonntag, den 6. April, mitbrachte, in welcher es heißt:

Die Unabhängigen treiben ein heuchlerisches und volksfeindliches Spiel. Die Militärrevolte, die in Verbindung mit dem Generalfreik geplant ist, kann nur auf die Unabhängigen zurückgeführt werden.

Weber Krüger noch Beims noch ein Vertreter der „Volkstimme“ waren Teilnehmer an der „Verschwörersitzung“. Um so ungenierter schlenberten sie aber ihre Verleumdungen in die Welt, einmal um den politischen Gegner von links empfindlich zu schädigen, dann aber, um dem Bürgertum gegenüber den Befähigungsnachweis für den Oberbürgermeister- und Polizeipräsidentenposten zu erbringen.

In der vorstehend erwähnten Funktionärsitzung legten die „wirklichen Drahtzieher“, die Funktionäre, noch fest:

Die Parteigenossenschaft lehnt jeden politischen Streik ab, solange nicht von ihrer eigenen Parteileitung zum Streik aufgefordert wird.

So war alles gut vorbereitet, um eine wirkliche und aufrichtige Protestaktion gegen die jedem Recht und Gesetz hohnsprechenden Verhaftungen unmöglich zu machen. Dies wenigstens glaubten die Selben der Sozialdemokratischen Parteileitung, aber anders dachten und handelten die Arbeiter und Angestellten, die insbesondere Brandes als den Mann kannten, der zwar rücksichtslos ihre Interessen vertrat, stets aber gegen Anwendung roher Gewalt war; dessen Einfluß es auch in erster Linie mit zu danken war, wenn in Magdeburg Unruhen und Blutbergießen während der ganzen Revolution unterblieben waren.

Die Verhaftungen.

Sofort nach seiner Rückkehr von Halberstadt, am 6. April, abends 6 1/2 Uhr, wurde Brandes von drei Offizieren verhaftet und im Auto nach Berlin verschleppt. Dasselbe geschah nachts 4 Uhr mit den Mitgliedern des Zentralsoldatenrates Regel und Böcker. Die Verhaftungen, insbesondere die von Brandes, entbehrten jeder gesetzlichen Grundlage. Der Haftbefehl war im Auftrage Kosses vom Freikorps Lüttwitz ausgestellt. Brandes lehnte es zunächst ab, der Verhaftung Folge zu leisten, da er einer militärischen Behörde nicht unterstehe und der Belagerungszustand in Magdeburg nicht verhängt sei. Er fügte sich dann unter Protest, da ihm mitgeteilt wurde,

daß die Offiziere ihren Befehl auszuführen hätten und aus der Weigerung die erforderlichen Konsequenzen ziehen müßten, d. h. daß sie dann von der Waffe Gebrauch machen müßten. Sie lehnten es ab, das Ziel der Fahrt anzugeben. Erst unterwegs erfuhr der Verhaftete, daß er nach Berlin-Weabit gebracht werden sollte. Unierwegs traten infolge von Autopannen mehrere Unterbrechungen ein, so daß der Transport erst morgens gegen 6 Uhr im Zellengefängnis Berlin-Weabit eintraf.

Weitere Beweise für die Schuld der Weims und Genossen.

In der Nr. 83 der „Volkstimme“, die am Tage nach den Verhaftungen erschien, küßete die Redaktion über das, was in Berlin gesogen worden war, noch mehr den Schleier. Unter der Ueberschrift: „Brandes verhaftet“ schreibt sie:

... Zu allermeist erhibt man sich und andere mit dem Schlagwort, Brandes sei der Verräterei einiger führender Mehrheitssozialisten zum Opfer gefallen. Angenommen, aber durchaus nicht zugegeben, daß die Verhaftung mit dem geplanten Soldatenputsch zusammenstände, so liegen die Dinge so, daß von Denunziation oder Verrat nicht die Rede sein kann. Unsern Genossen ist von dem beabsichtigten Putsch ganz offen Mitteilung gemacht worden und sie wurden eingeladen, diesen Streich mitzumachen. Mit dünnen Worten gesagt, stellte man den Sozialdemokraten der Mehrheit das Ansinnen, Dinge zu unterstützen, die geeignet waren, die Regierung zu stürzen und zugunsten der U. S. B. und der Kommunisten abzutreten.

Das konnte man den Mehrheitssozialisten nicht zumuten. Und es ist ganz selbstverständlich, daß sie die Regierung in Berlin unterrichteten. Ein Geheimnis wurde damit nicht verraten, sondern nur eine selbstverständliche Pflicht erfüllt.

Ob die Tatsache, daß man die Unzufriedenheit einiger Soldaten für politische Zwecke ausnutzen wollte, den Grund zur Verhaftung gab, oder andere gewichtige Gründe vorlagen, wissen wir nicht.

Wenn der Leser alles Vorhergehende genau verfolgt hat, wird er sofort den Lug und Trug erkennen. Zunächst wird die Deffentlichkeit erneut belogen, dann aber offen zugegeben, daß dieser schändliche Lug nach Berlin weitergegeben wurde. Weder Hähnen noch Weims, noch ein anderer der Delegierten der Sitzung bei Noske haben hiergegen Widerspruch erhoben. Sie ließen auch die Mitteilung der „Volkstimme“ vom folgenden Tage ohne Widerspruch, in der es heißt:

Unabhängige und kommunistische Drahtzieher haben sich seit Tagen gebüßet, daß binnen kurzem, spätestens in dieser Woche, die Herrlichkeit der Sozialdemokraten zu Ende sei und ihre Zeit beginne.

Und an anderer Stelle derselben Nummer:

Den Mehrheitssozialisten wurde (in der Verschwöreritzung) das Ultimatum gestellt: Entweder ihr macht mit, oder es geht über euch hinweg.

Weims hat dann selbst in einer Parteiversammlung am 10. April nach dem Bericht der „Volkstimme“ gesagt:

Wie kam es zu den Putschern? Auf der Bezirkskonferenz erklärten Unabhängige und Kommunisten, daß sie nicht daran dächten, Gewalt anzuwenden. Am Mittwoch darauf war die Verschwörung fertig, die Unabhängigen erklärten, im Augenblick des Losschlagens der Soldaten, wird der Generalstreik proklamiert.

Auch nachdem Brandes aus der Haft entlassen worden war, weil sich die völlige Sattlosigkeit der Anklage herausgestellt und zwei der rechtssozialistischen Teilnehmer an der „Verschwöreritzung“ auf Antrag Brandes vom Untersuchungsrichter in Berlin vernommen, bestätigte hatten, daß in der Sitzung vom 2. April nichts geschehen sei, was die Anklage rechtfertigen könne, hat Weims in einer neuen Sitzung der Parteifunktionäre nach dem Bericht der „Volkstimme“ gesagt:

Dort (in der Sitzung vom 2. April) wurde der Plan vorgebracht, die Offiziere zu entlassen, die Regierung zu stürzen und die Rätereipublik auszurufen. Brandes versprach diese Revolte der Soldaten durch den Generalstreik der Arbeiter zu unterstützen.

Die Brandes in den Mund gelegten Worte sind aus den Fingern gesogen, die mitgeteiltten Stellen über Unabhängige und Kommunisten ebenso glatt erfunden. Beim's wird bestimmt nicht sympathischer, wenn er trotz aller Beweise noch immer nach dem Vorstehenden bestreitet, die unwahren Berichte an Noske geliefert und damit die Verhaftungen und alle durch die Verhaftungen entstandenen Folgen veranlaßt zu haben. In seinem Hirn sind die Klagen gegen die verhafteten Unabhängigen entstanden, die mit den Tatsachen zwar im schroffsten Widerspruch stehen, Noske aber eine gern benutzte Gelegenheit gaben, um endlich auch in Magdeburg sein Gewaltregiment aufzurichten und den Belagerungszustand zu verhängen. Beim's trifft deshalb die Schuld an der Erobtösmachung tausender Familienväter, die im Wachregiment und der Bürgerwehr ihre Pflicht erfüllten, wie an dem Blutvergießen am 9. April und der Tötung von zehn unschuldigen Menschenleben. Kein Sophismus wird in diesem Falle die Schuld auslöchen.

Mit ihm zusammen aber sitzen auf der Anklagebank die rechtssozialistische Parteileitung und die „Volkstimme“. Sie haben sich an jenen Tagen nicht nur an der Arbeiterschaft vergangen, sie haben auch versucht, das Solidaritätsgefühl der Arbeiter, daß diesen in Jahrzehnten mühsamer Arbeit anezogen ist, zu erschüttern. Obwohl die Funktionäre der Streikenden und der drei sozialistischen Parteien in gemeinsamer Sitzung sich nahezu einstimmig für den Streik aussprachen, forderte die „Volkstimme“ die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit, mithin zum Streikbruch, auf.

So brechen sie die Brücken ab, die zu einer Verständigung aller Sozialisten führen könnten. Die Arbeiterschaft hat von diesen Leuten nichts mehr zu erhoffen. Nicht mit ihnen, sondern gegen sie wird der Wiedersamensschluß der Arbeiter erreicht werden. In Braunschweig, Halle, Berlin und zahlreichen anderen Orten ist der Zusammenschluß fast ein vollständiger. In der Organisation der Unabhängigen Partei werden sich die Massen finden, die diese Revolution aus einer halben zu einer ganzen machen wollen, die zu den politischen Rechten die wirtschaftliche Gleichheit, den Sozialismus schaffen wollen und werden!

Die militärische Seite der „Verschwörung“.

Ehe zur eigentlichen Schuldfrage der Soldaten an der „Verschwörung“ gegangen werden kann, muß von der militärischen Seite aus etwas zurückgegangen werden.

Kurz nach der Revolution traten die Soldatenräte der Garnisonen im Bereich des 4. Armeekorps zwecks einheitlicher Arbeit zu einem Delegierten-tage in Magdeburg zusammen und wählten hier den Zentral-soldatenrat, die oberste Instanz der Soldatenräte im 4. Armeekorps. Dieser Zentral-soldatenrat setzte sich zusammen aus sieben Mitgliedern, von denen zwei als ständige Kommissare, Mitzeichner und Mitberater aller das 4. Armeekorps betreffenden Verfügungen und Anordnungen bestimmt worden.

Wenn die Arbeit in den ersten Wochen der Demobilisierung, in denen durch die Organisation der Soldatenräte Millionen dem Staat gerettet wurden, auf konstanten ging, so setzte doch bald dank der unfähigen und mit den bürgerlichen Parteien liebäugelnden Sozialdemokratischen Partei eine Auflehnung der Offiziere und bürgerlicher Kreise gegen die Soldatenräte ein. Leider machten es in einigen Teilen Deutschlands einzelne Soldatenräte genau so wie gewisse Kreise der alten Regierung, sie nutzten ihre Rechte aus um in die eigene Tasche zu arbeiten. Dies gab der bürgerlichen und reaktionären Presse Gelegenheit, in ganz anderer Art gegen die Soldatenräte vorzugehen, wie es jemals gegen die großen Staatsbetrüger getan wurde. Schon erhob die reaktionäre Offizierskaste stolz wieder ihr Haupt, und als Casar Noske die militärische Gewalt in die Hand nahm, war ihr Jubel groß. Noske hatte schon während des Krieges den Sozialdemokraten vergessen, besonders in militärischen Angelegenheiten, es galt nun seine Gunst zu erwerben und man war wieder oben ist. Noch nie in der Geschichte der Sozialdemokratie wurde die Zentral-soldatenrat so von bürgerlicher Seite mit Lobhudeleien bedacht und zu solcher Zeit von den Arbeitern und seinen eigenen Parteianhängern so geschmäht, wie ein Noske. Nachdem er das Oberkommando in den Händen übernommen hatte, begann auf seine

Veranlassung die Niederknüppelung der durch die Revolution errungenen Rechte der Arbeiter und Soldaten mit Geschützen, Maschinengewehren und Handgranaten. In seiner Alexa erfolgte die feige und hinterlistige Ermordung Liebfuchts und Rosa Luxemburgs. Unter seinem Regime wurden die reaktionärsten Offiziere, die die Soldaten und ihre Räte weggejagt hatten, wieder in ihre vollen Rechte eingesetzt und zur Gründung von Freiwilligenverbänden, die angeblich zum Schutze der bedrohten Obergrenzen verwandt werden sollten, tatsächlich aber der Niedermekelung von Arbeitern dienten, die sich um ihre Rechte schände betrogen sahen. Die Unabhängigen, die dieses frevelhafte Spiel nicht mehr mit ansehen und beantworten konnten, schieden aus der Regierung aus und nun setzte ein Gewaltregiment ein, das seinesgleichen nicht unter der Regierung der Hohenzollern findet. Die Erregung und das Mißtrauen der Arbeiter und Soldaten und selbst hier bei den durchschnittlich politisch wenig aufgeklärten aktiven Unteroffizieren stieg. Letztere sahen durch die Wiedereinstellung der Offiziere ihre Aussicht, als alte gediente Leute ebenfalls in Offiziersstellen einzurücken, von Tag zu Tag mehr entschwinden und suchten, nachdem sie sich zu einem Bund der Berufsunteroffiziere zusammengeschlossen hatten, Anschluß an die Organisation der Soldatenräte, um mit ihnen gemeinsam um ihre Rechte zu kämpfen.

Besonders wurde gegen die Aufstellung der Freiwilligenverbände und um eine Reorganisation des Kriegsministeriums gekämpft, in welchem immer noch der gesamte Stab der alten reaktionären Offiziere seine Tätigkeit ausübte; daß er dies nicht in revolutionärem Sinne tat, bedarf einer besonderen Betonung wohl nicht. Stück um Stück wurden den Soldatenräten ihre Rechte entzogen und Stück um Stück wurden die alten Rechte den Offizieren wiedergegeben.

Armeeverordnungsblatt Nr. 8.

Zur Siebekite aber stieg die Erregung unter den Soldaten aller Armeekorps Deutschlands, als im Januar das berühmte und berüchtigte Armeeverordnungsblatt Nr. 8 über die Regelung der Kommandogewalt der Soldatenräte erschien, welches von Noske und dem Kriegsminister Reinhardt unterzeichnet war. Diese Verordnung entzog den Soldatenräten alle politischen, militärischen und wirtschaftlichen Rechte und verwies sie auf eine völlig den Offizieren untergeordnete Stellung. Man geht wohl nicht fehl, daß diese mit allen bürokratisch-militärischen Raffinement ausgearbeitete Verfügung, die man nach mehreren Seiten denken konnte, selbst den Zentralrat der deutschen Republik, die damalige höchste ausführende Gewalt der Republik, der sie gebilligt hatte, hinters Licht führte. Hierbei muß allerdings bemerkt werden, daß auch beim Zentralrat die militärischen Mitglieder gegen diese Verordnung waren, jedoch hatten die zivilen Mitglieder, die sich wiederum in der Hauptsache aus Rechtssozialisten zusammensetzten, die Mehrheit.

Deputationen über Deputationen der Soldatenräte erschienen bei Noske, um diese Verfügung rückgängig zu machen; vergebens. Cäsar Noske kannte nur seinen Willen und seine Meinung. Vor Erscheinen dieser Verfügung hielten die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands ihren ersten Rätekongreß in Berlin ab. Der Kongreß begann am 16. Dezember 1918 und wurden auf ihm die bekannten 7 Hamburger Punkte angenommen und ihre sofortige Ausführung dem Zentralrat der Republik Deutschlands übertragen. Diese 7 Hamburger Punkte kamen bekanntlich niemals zur Ausführung. Als einziges Zugeständnis hatte man die Abschaffung der Rangabzeichen in das A.-V.-Blatt Nr. 8 eingefügt, jedoch durften die Freiwilligenverbände, die einzige Macht, auf die sich Cäsar Noske durch seine grausame Gewaltpolitik noch stützen konnte und müßt, ihre Abzeichen behalten. Die Nichtausführung dieser 7 Hamburger Punkte allein schon ist ein Zeichen, in welcher Phase die Revolution schon damals eingetreten war.

Vom 4. A.-V., das in seiner Delegiertenversammlung die Gültigkeit des A.-V.-Bl. Nr. 8 ablehnte, fuhren zwei Soldatenräte, darunter das Mitglied des Zentralratsvolktaarates Wolf und der rechtssozialistische Parteiführer Wittmann, der die Verordnung ebenfalls aufs schärfste mißbilligte, nach Berlin zu Noske. Nachdem sie etwa 7 Minuten mit Noske konferiert hatten, drängte sie der Generalstabschef Noskes, der bekannte Major v. Gilsa, mit einigen

Liebenswürdigen Worten hinaus. Die Fahrt war ergebnislos gewesen. Man beschloß nunmehr sämtliche Offiziere kurzerhand abzusehen, einigte sich jedoch schließlich, das Armeereordnungsblatt Nr. 8 solange außer Kraft zu setzen, bis besondere Ausführungsbestimmungen hierfür ausgearbeitet seien. Zu dieser Ausarbeitung wurde von allen Armeekorps eine Kommission von 9 Mitgliedern bestimmt, die jedoch nach einem Ausspruch des Majors v. Hammerstein vom Generalkommando Lütjow niemals von der Regierung anerkannt wurde.

Nach der Ablehnung des A.-B.-Blattes Nr. 8 und der getroffenen Vereinbarung künftigen erneuten gemeinsamen Zusammenarbeitens, in dem Sinne, daß alle Schriftstücke und Befehle von Offizieren und Soldatenräten gegengezeichnet würden, ergab sich zunächst scheinbar tatsächlich ein gutes Einvernehmen zwischen Offizier und Soldatenrat. Nach und nach erkannte aber ein Armeekorps nach dem andern das A.-B.-Blatt Nr. 8 an, teils freiwillig, indem die betreffenden Korps Soldatenräte mit den Offizieren gemeinsam die Ausführungsbestimmungen ausarbeiteten, teils mußten es einzelne Korps unter dem von Noske und seinen „sozialdemokratischen“ Offizieren angewandten Machtmitteln anerkennen. Zu diesem Zwecke benutzte man die Unzufriedenheit der Arbeiter und setzte bei der Gelegenheit auch gleich die Soldatenräte, die man kurzer Hand als Spartaisten oder Unabhängige bezeichnete, ab. Zweifellos ein einfaches Verfahren und einer „sozialistischen Regierung“ würdig.

Trotzdem nach und nach fast alle Armeekorps dieses ominöse Armeereordnungsblatt, daß den Offizieren alle Rechte, vor allen Dingen das Recht der vollständig freien Verfügung über die Truppen gab, anerkannten, oder anerkennen mußten, blieben die Delegierten der Soldatenräte des 4. Armeekorps standhaft. Nunmehr setzte ein heimlicher Kampf gegen den Zentralsoldatenrat des 4. Armeekorps ein, und in diesem Kampfe wurden die Offiziere und bürgerlichen kassationistischen Kreise von Noske und seinen Offizieren unterstellt, denn er ließ ihren Klagen und Beschwerden ein williges Ohr. Nur so konnte es kommen, daß schließlich die Aufstellung eines Sicherheitsbataillons in Stärke von 500 Mann von Noske gefordert wurde und daß Major v. Giffa und Major v. Hammerstein den Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrates Magdeburgs, als sie vorstellig wurden, diese Verfügung aufzuheben, erklärte, daß sie Berichte von vertrauenswürdigen Magdeburger Kreisen und vor allen Dingen von bekannten Mehrheitssozialisten hätten, nach denen in Magdeburg absolut nicht alles so ruhig sei, wie die Delegierten es schilderten, und daß man aus diesem Grunde den Befehl nicht rückgängig machen könne. Das Bataillon könne jedoch im Einvernehmen mit dem Zentralsoldatenrat aufgestellt werden. Trotzdem wurde die Aufstellung des Sicherheitsbataillons in der darauffolgenden Vollstreckung des Arbeiter- und Soldatenrates von den drei sozialdemokratischen und einem Teil der bürgerlichen Parteien abgelehnt, da man es als überflüssig bezeichnete und das Wachregiment als genügend für den Schutz Magdeburgs fand.

Nun setzte ein systematischer Kampf gegen den der Regierung nicht unbedingt gehorchenden und auf seine revolutionären Rechte pochenden Zentralsoldatenrat ein. Man suchte Schriftstücke, zu denen die Unterschrift verweigert worden war, dennoch an die untergeordneten Dienststellen weiterzugeben, man diskreditierte das Wachregiment aufs härteste, richtete heimlich eine Einwohnerwehr ein und verleihte heimlich Waffen. Auch die Verfügungen Noskes brauchten immer und immer wieder auf Verweigerung des A.-B.-Blattes Nr. 8. Schritt für Schritt um ihre Rechte kämpfend, gaben der Zentralsoldatenrat, der jetzt aus fünf Mitgliedern bestand und an dessen Spitze der Unabhängige Wolf stand, nach. Man führte die Abschaffung der Rangabzeichen und die Gruppierung ein. Infolge dieser Maßgebtheit, die lediglich geschehen war, um das Eingehen der Postgarde und gewaltsame Durchführung der Verordnung zu verhindern, wurde beim nächsten Delegiertentag der Soldatenräte die Neuwahl des Zentralsoldatenrates von einigen rechtssozialistischen Soldatenräten verlangt, aber durch die Mehrheit, die einestehen hatte, wo der Weg dieser Regierung hinlief und daß gewaltsame Aufschüpfung vergeblich sei, abgelehnt. So kämpften einzeln der Zentralsoldatenrat um seine revolutionären und andererseits die Offiziere um ihre ihnen wieder verliehenen alten Rechte einen stillen, aber erbitterten Kampf, bei dem jedoch die Offiziere noch immer unterlagen. Man

musste also irgendein Mittel finden, um Regierungstruppen nach Magdeburg zu bekommen, und dieses Mittel fand man in der

„Militärrevolte im 4. Armeekorps“

Wie diese Verschwörung zustande kam, ist bereits geschildert. Die Auflehnung kam von den Soldatenräten des im Bereiche des 4. Armeekorps untergebrachten 21. und 16. Armeekorps, die noch am selben Tage, als sie die Mitteilung brachten, daß diese beiden Korps aufgelöst werden sollten, ihre Offiziere abfeiern wollten, von den Mitgliedern des Zentralsoldatenrates des 4. Armeekorps Böller (S. P.), Kegel (U. S. P.) und Tillwisch (S. P.) jedoch daran gehindert wurden. Die Mitglieder des 16. und 21. Armeekorps waren alle Rechtssozialisten. Da im 4. Armeekorps bisher, trotz der heimlichen erbitterten Kämpfe nichts vorgekommen war, war man auch nicht so kurzer Hand mit einer Absetzung oder Verurlaubung der Offiziere einverstanden und wollte zuerst einmal die Meinungen der beiden sozialdemokratischen Parteien und dann die der aktiven Unteroffiziere der drei Armeekorps hören, dann aber wollte man in einem Delegiertentag der Soldatenräte der drei Armeekorps entweder einen festen Beschluß fassen oder die ganze Angelegenheit dem in einigen Tagen tagenden Rätekongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zur Stellungnahme überweisen.

Es muß ausdrücklich betont werden, daß im Bereich des 4. Armeekorps keinerlei Vorbereitung für eine Revolte bestand. Dies haben auch die beiden verhafteten Soldatenräte Kegel und Böller dem Untersuchungsrichter angegeben. Die Sitzung der beiden Parteien fand am 2. April, abends, statt und wurde nachher durch die rechtssozialistischen Führer und die „Volksstimme“ in eine „Nachführung und eine Verleumdung“ umgetauft, und war doch nicht, als lediglich eine Vorbereitungs- und Besprechungs- Sitzung des Zentralsoldatenrates des 4. Armeekorps und für das des 21. Armeekorps war Beamtenschaftsvertreter Böller, als Delegierter der aktiven Unteroffiziere der Oberfeuerwerker Seidenchnur zugegen. Beide sind Rechtssozialisten. Die Versammlung verlief ohne Resultat, nachdem Böller die Wünsche der Soldaten und vor allen Dingen der aktiven Unteroffiziere vorgetragen hatte. Am 4. April fand dann der Delegiertentag der Soldatenräte des 4., 16. und 21. Armeekorps statt, um einen endgültigen Beschluß zu den Anträgen des 16. und 21. Armeekorps zu nehmen. Die Sitzung dauerte von morgens 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr. Den Vorsitz führten die drei Vorsitzenden der Korpsoldatenräte gemeinsam. Die Sitzung begann zunächst sehr radikal, es sprachen zumeist aktive Unteroffiziere, unter ihnen der Vorsitzende und Rechtssozialist der aktiven Unteroffiziere des 16. Armeekorps. Dann sprach der Oberfeuerwerker Seidenchnur und teilte der erstaut aufhorchende Menge mit, daß er als Delegierter der aktiven Unteroffiziere mit rechtssozialistischen Führern am gestrigen Tage (3. April) bei Noske gewesen sei und in Gracuwart des Ministers Landsberg über die Forderungen der aktiven Unteroffiziere verhandelt habe. Noske habe Zugeständnisse gemacht; es liege kein Grund zur Aufregung mehr vor, er müsse deshalb vor irrendwachen Reichstagen warnen. Diese Mitteilungen trugen ihm Zwischenbemerkungen wie Verdächtigungen, Spittel usw. ein. Die radikale Stimmung schlug zunächst etwas um, ließ sich dann aber wieder auf und brachte Seidenchnur heftige Vorwürfe aus den eigenen Reihen seiner Parteigenossen ein. Die Redner zeigten sich im weiteren Verlauf der Sitzung der politischen Situation jedoch absolut nicht gewachsen, denn es wurden fortwährend persönliche Wünsche und Forderungen der aktiven Unteroffiziere (die ganze Versammlung bestand aus etwa 2/3 aktiven Unteroffizieren des 16. u. 21. A.-K.) angeschnitten, so daß die Vorsitzenden immer und immer wieder auf den eigentlichen Zweck der Verhandlungen hinweisen mußten. Gegen 5 Uhr nachmittags wurde dann Schluß der Debatte beantragt. Es lagen vier Entschließungen zur Abstimmung vor, davon eine sehr radikale vom 16. Armeekorps. Ehe über die Entschließungen abgestimmt wurde, sprach sich das Mitglied des Zentralsoldatenrates des 4. Armeekorps Kegel gegen die Abstimmung über die Entschließungen aus und führte als Grund etwa an: „Ich bedauere es, daß der Vorstand nicht aus sich heraus eine Entschließung ausgearbeitet hat, die der gegenwärtigen Stimmung entspricht, ferner bedauere ich es, daß nicht jedem Delegierten eine Abschrift der Entschließungen zur genauen Durchsicht vorliegt, denn ich habe den Eindruck,

daß hier viele Delegierte sitzen, die die Hände zur Abstimmung erheben, ohne sich bewußt zu sein, welche Verantwortung sie damit übernehmen. Obgleich ich unabhängig bin und meine persönlichen Wünsche radikaler als die hier aufgestellten sind, erkläre ich deshalb, daß ich weder für noch gegen eine der Entschliessungen stimmen werde."

Die Abstimmung erfolgte trotzdem, und zwar wurden die drei radikalen Entschliessungen abgelehnt und die nachstehend im Wortlaut wiedergegebene, von dem Mitglied des Zentralsoldatenrates des 4. Armeekorps Tilschwichs und dem Delegierten der aktiven Unteroffiziere Oberfeuerwerker Seidenschaur, beides Rechtssozialisten, verfaßte Entschliessung gegen etwa 30 Stimmen bei 90 Stimmberechtigten angenommen.

Entschliessung!

Die heute in der Bürgerhalle zu Magdeburg versammelten Vertreter des 4., 16. und 21. Armeekorps sprechen sämtlichen Offizieren — mit Ausnahme der Festwehellennants und anderer aus dem Mannschaffsstände herborgegangenen Offiziere (nicht Einjährige) — und Oberbeamten das Vertrauen ab und fordern die resloße Entlassung dieser Personen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß durch das Anwachsen der Freiwilligenverbände, in deren Reihen häufig die von ihren alten Truppen abgelehnten Offiziere Aufnahme gefunden haben, sowie durch die Bildung der neuen Reichswehr, in der diese abgelehnten Offiziere ebenfalls ein Unterkommen finden, die Reaktion der Rechtsparteien in besorgniserregender Weise gefördert wird, während auf der andern Seite durch Entlassung der Mannschaften, durch die Auflösung der Volks- und Sicherheitswehren die Träger der Revolution mehr und mehr an Einfluß verlieren. Hierzu kommt noch, daß man das reaktionäre Bürger- und Bauerntum durch Bildung von sogenannten „Einwohnerwehren“ organisiert und bewaffnet, aber das Proletariat waffenlos läßt.

Durch alle diese Maßnahmen befürchten wir, wird die verantwortliche Regierung in falsche Bahnen gelenkt und das Volk niemals zur so nötigen Ruhe kommen.

Magdeburg, den 4. April 1919.

Die Delegierten der Soldatenräte des 4., 16. und 21. A.-K.

Es wurde noch beschlossen, diese Entschliessung sämtlichen Garnisonen im Bereich des 4. Armeekorps und allen Zeitungen, sowie dem Reichswehrminister Nuske und dem Unterstaatssekretär Böhrer abschriftlich zuzustellen. Mit der Ausführung dieses Beschlusses wurde der Zentralsoldatenrat des 4. Armeekorps beauftragt.

Mit der Annahme dieser Entschliessung war die radikale Stimmung der Soldatenräte und aktiven Unteroffiziere in ein sehr mattes Nahrwasser gelangt, aber es war auch mit dieser Entschliessung alles erledigt. Die Regierung sollte Kenntnis von der Unzufriedenheit der Soldaten erhalten, ebenso die Garnisonen und Zeitungen. Vergeblich wird der Leser hier nach Aufruhr oder Hochverrat suchen. Die Mehrheit der Delegierten war nicht für eine Auflehnung, und da die Mehrheit entscheidet, fielen alle anderen Wünsche und Forderungen unter den Tisch. Eine groß aufgebaußte Sache war also wieder einmal vollkommen im Sande verlaufen.

Am nächsten Tage aber erschien die W. T. B.-Meldung und am Abend der Bericht der „Volksstimme“ über die Soldatenverschwörung. Nuske mußte von einer „Militärrevolte“ und die „Volksstimme“ von einer „Soldatenverschwörung“, bloß die Soldatenräte wußten nichts davon und lachten demzufolge herzlich über diese Gruselgeschichte. Später einigte sich der Zentralsoldatenrat dahingehend, daß sowohl an Nuske und Böhrer, wie auch an die „Freiheit“, den „Vorwärts“ und die „Volksstimme“ eine kurze und sachliche Nichtigstellung der W. T. B.-Meldung abzusenden sei. Dies geschah noch am selben Tage, und man war der Ansicht, daß nun alles in vollkommener Ordnung sei, da die Regierung über ihren Irrtum oder die ihr überbrachten Lügenberichte aufgeklärt sei. Diese Nichtigstellung wurde von Böhrer und Regel unterzeichnet, da andere Mitglieder des Zentralsoldatenrates nicht zugegen waren.

Sowohl die „Freiheit“ wie der „Vorwärts“ brachten am folgenden Dienstag die Entschliessung und die Nichtigstellung, die „Volksstimme“ jedoch unter-

schlag sie. Hierin allein schon liegt ein Eingeständnis der Schuld, die Veröffentlichung sollte die Wahrheit nicht erfahren; dann aber wäre ihr durch die Veröffentlichung alles Material zu einer systematischen Debe gegen die Unabhängigen verlorengegangen.

Vom Sonntag zum Montag erfolgte dann die Verhaftung der beiden Zentralsoldatenratsmitglieder Siegel und Böfker, und zwar morgens gegen 4 Uhr, und ihre Überführung im Auto nach Berlin, wo sie im Zellengefängnis Moabit eingeliefert wurden.

Die Verhaftungen riefen nicht nur in Magdeburg starke Erregung unter der Arbeiterschaft hervor, sondern auch der in Berlin gerade tagende Rätekongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands befaßte sich am 8. April mit der Angelegenheit auf Grund eines Antrages des Vorsitzenden des Zentralsoldatenrates des 4. Armeekorps, Bod-Magdeburg (N. S. P.). Bod gab einen kurzen Bericht über die tatsächlichen Vorgänge in Magdeburg, wie sie auch hier geschildert sind und stellte den Antrag, der Rätekongreß möge beschließen, daß Brandes und Genossen sofort aus der Haft entlassen werden. Als er ausführte, daß die radikalen Forderungen der Soldaten der Rechtssozialist Böfker gestellt habe, antwortete ihm der Magdeburger Rechtssozialist Nepler, Böfker sei ein noch sehr junger Mensch und Novembersozialist, um den Mafek, der auf seine Partei fallen könne, sofort zu beseitigen. Hier ließ man also den Genossen sofort als Novembersozialisten fallen, als Stimmvieh und bei Umzügen usw. jedoch ist er ein willkommenen Gast und man prahlt dann mit der Anzahl der „Novembersozialisten“. Auf eine telefonische Anfrage bei Noske über den Grund der Verhaftung gab dieser an:

Brandes ist auf meine Veranlassung verhaftet worden, weil unter der Leitung vom Unabhängigen Brandes eine Sitzung der Soldatenräte stattgefunden hat für ganz Magdeburg und Umgegend. In dieser Soldatenratsitzung sind Besprechungen gepflogen worden, wo über den bewaffneten Widerstand gegen die Reichsregierung gesprochen wurde.

Daß Brandes verhaftet worden ist, ist sehr gut, und wenn die Magdeburger Arbeiter aus diesem Grunde in den Streik getreten sind oder treten wollen, dann können die Magdeburger Arbeiter lange streiken. Brandes wird zweifellos wegen dieser Geschichte der Prozeß gemacht und da wird ein Streik der Magdeburger Arbeiter auch nichts daran ändern können.

Gegen den Antrag Bod-Magdeburg (N. S. P.) setzte zunächst von seiten der Rechtssozialisten eine starke Opposition ein und es wurde versucht, die Vertagung des Antrages bis zum Schluß des Kongresses durchzusetzen. Erst als Bod und die unabhängige Fraktion den Antrag als Dringlichkeitsantrag erneut am nächsten Tage, nachdem in Magdeburg bereits Blut geflossen war, einbrachte und unter großer Erregung der Rechtssozialisten und bürgerlichen Fraktionen erklärte, wenn der Antrag jetzt nicht zur Verhandlung komme, falle die Verantwortung für alles weitere Blutvergießen in Magdeburg einzig und allein auf sie, wurde in Verhandlungen über den Antrag eingetreten.

Die Treibereien der Rechtssozialisten trugen auch hier wieder Schuld daran, wenn der Rätekongreß nicht die Haftentlassung verlangte, sondern als Resultat der Verhandlungen eine Kommission wählte, die die Angelegenheit Brandes und Genossen prüfen sollte. Zu dieser Kommission gehörte Bod-Magdeburg. Die Kommission wurde auf ihr Ersuchen bei Noske vorgelassen. Zu gleicher Zeit war eine Kommission der Streikenden aus Magdeburg anwesend. Das vorhandene Material wurde Noske vorgetragen. Noske erklärte dazu:

Es kann möglich sein, daß die Mitteilungen, die ich bekommen habe, übertrieben sind und ich will Ihnen die Möglichkeit einer schnellen Entscheidung geben.

Am nächsten Tage wurde dann der Kommission der Bescheid, daß sich das Gericht nicht für zuständig erklärt hätte und der Fall Brandes entweder dem Magdeburger Gericht oder dem Reichsgericht überwiesen werden müsse, da ein „begründeter Verdacht auf Hochverrat“ vorliege. Eine Haftentlassung könne deshalb nicht erfolgen.

Inzwischen hatten die beiden verhafteten Soldatenräte Wölfer und Regel einen Bericht über ihre Tätigkeit während den Tagen der angeblichen Ausarbeitung der Verschwörung schriftlich niedergelegt und ihrem Rechtsbeistand, dem Rechtsanwalt Dr. Halpert-Berlin, übergeben, der dieses Material dem Rätekonzeß und Moskè weitergab und sich seinerseits um die Haftentlassung bemühte. Den verdoppelten Bemühungen und dem schon erwähnten Antrage Brandes' zufolge erfolgte dann die Haftentlassung Brandes' und Genossen nach sechsständiger Haft. Die Vernehmung war einen Tag vor der Haftentlassung erfolgt, ein Beweis, wie haltlos und erlogen alle Anklagen waren.

Folgen der ungesetzlichen und ungerechten Verhaftung.

Sofort nach Bekanntwerden der Verhaftung Brandes' setzte in Magdeburg trotz der gegenteiligen Parole der sozialdemokratischen Führer ein Sympthietreik fast sämtlicher Arbeiter und Angestellten Magdeburgs ein. Der Soldaten bemächtigte sich ebenfalls eine große Erregung und man dachte nun, nachdem diese brutale Vergewaltigung vor sich gegangen war, tatsächlich daran, Gewalt anzuwenden. Wenn es nicht geschah, so ist dies wiederum der Vernunft der Soldaten und den Soldatenratsmitgliedern zu danken. Trotzdem fand eine selbständige, ohne irgendwelche Anordnung befohlenene Durchsuchung des Justizpalastes nach den Verhafteten statt. Während die unabhängigen Mitglieder des Exekutivauschusses die Festsetzung von zwei Geiseln für jeden Verhafteten in der einberufenen Sitzung des Exekutivauschusses forderten, die jedoch von den Rechtssozialisten abgelehnt wurden, setzten einige Sitzköpfe unter den Soldaten selbständig fast alle Offiziere und den kommandierenden General des 4. Armeekorps und den in Magdeburg weilenden Minister Landsberg als Geiseln fest. Auch die Unabhängigen waren mit dieser Maßnahme nicht einverstanden. Später erfolgte dann auch die Freilassung dieser willkürlich Verhafteten durch Beschluß. Landsberg dagegen wurde, angeblich auf Anordnung des unabhängigen Vater, nach Braunschweig transportiert. Ob Vater diese Anordnung gegeben oder ob auch hier eine willkürliche Handlung von in begreifliche Erregung geratenen Soldaten vorlag, ist noch nicht festgestellt, da es Vater auf Anraten seiner Freunde vorzog, nach Braunschweig zu gehen, da zu befürchten war, daß ihm ein ähnliches Schicksal wie Liebknecht bei Einrücken der Moskogarden beschieden sei. Es wurden noch einige derartige selbständige und vollkommen willkürliche Handlungen vorgenommen, so die Beschießung des Polizeipräsidentiums, die Plünderungen in der Zitadelle nach Waffen; die Gewehre, die man dort erbeutete, waren übrigens wertlos, da die Soldatenräte kurz nach der Revolution aus fast allen Gewehren die Scharlotzpatronen hatten entfernen lassen, — und schließlich die Plünderung von Lebensmittelagaren durch niedriges Gesindel. Infolgedessen wurde der Verlagerungszustand verhängt. Landsberg gelangte bekanntlich nicht bis Braunschweig, sondern wurde in Helmstedt befreit; seine Entführer entflohen nach Braunschweig. Schließlich rottete sich ein Haufen Menschen vor der „Volkshütte“ zusammen und machte selbständig einen Angriff auf diese, der jedoch abgeeschlagen wurde, wobei dann Blut floß. Während diesen Tagen setzte eine große Reihe der rechtssozialistischen Führer und der „Volkshütte“ gegen die unabhängigen Genossen und Brüder im Arbeiterrot ein, die ihresgleichen suchten. Am 8. April rückten dann die Moskogarden unter Führung Maerckers in Magdeburg ein zur großen Freude der Bürgerlichen und Rechtssozialisten; war doch endlich das längst ersehnte Ziel, das auf friedlichem Wege unmöglich war, da nie Menschen in Magdeburg waren, erreicht. Hier erfolgte dann der zweite Verrat der Führer der Sozialdemokratischen Partei. Ohne die unabhängigen Exekutivauschussmitglieder berieten sie am frühen Morgen mit General Maercker; die Unabhängigen mußten auf Befehl Maerckers draußen warten. Als sie auf ihren Protest dann hinzugelassen wurden, waren die Rechtssozialisten nicht mehr da, und wurde ihnen nur von Maercker erklärt, daß sie ihrer Funktionen enthoben seien. Auf „Befehl“ Maerckers wurde der Arbeiter- und Soldatenrat und der Zentral Soldatenrat des 4. Armeekorps aufgelöst und das Armeeverordnungsblatt Nr. 8 eingeführt. Ferner das Wachregiment und die Bürgerwehr aufgelöst und damit etwa 2000 Familienväter brotlos gemacht. Parteisekretär Krüger wurde auf Befehl Maerckers zum Polizeipräsidenten ernannt. Wer das Armeeverordnungsblatt nicht anerkenne, so erklärte er, werde als „Rebell“ behandelt. Am 8. April,

mittags floß dann gelegentlich einer Versammlung der Streikenden auf dem Domplatz unjähuliches Arbeiterblut — die Noskeherrschaft setzte ein.

Ein ehemaliges Mitglied des Zentralsoldatenrates wurde in Schutzhaft genommen, weil es in Abwesenheit der anderen Mitglieder und um Blutvergießen zu verhindern, wieder seine alte Funktion übernahm und an die Garnisonen des 4. Armeekorps ein Telegramm sandte, in dem er von den Verhaftungen Mitteilung machte und ersuchte, auf der Hut vor reaktionären Offizieren zu sein, sich jedoch nicht zu unüberlegten Taten hinreißen zu lassen. Er saß bewacht von zwei mit Handgranaten bewaffneten Gardisten im Hotel, während die „siegreichen Offiziere“ im anderen Zimmer die Niederzwingung der Feste Magdeburg mit Wein und Sekt begossen, trotz dem Elend und der Not der Bevölkerung. Endlich, endlich hatte der Sozialist Noske seinen und seiner Offiziere sehnlichsten Wunsch mit Hilfe seiner treuen „Genossen“ auch in Magdeburg durchgesetzt, dank eines jämmerlichen Lügengewebes. Die Hochburg Magdeburg war gefallen und stolz wie allerorts erhob die Nosk^h ihre Haupt.

Schlechte Hezerfolge.

Mit der Haftentlassung Brandes' und Genossen kam die Wahrheit an den Tag. In mehreren öffentlichen Versammlungen, die schon lange vor Beginn überfällt waren, rechnete Brandes mit seinen Verleumdern gründlich ab und geißelte mit scharfen Worten ihre verächtliche Handlungsweise. Losender Beifall bekräftigte die Richtigkeit seiner Ausführungen, aber auch das Erschrecken der Arbeiterklasse. Sowohl Weims wie Hähnsen, die nun erst sahen, welcher Schaden da ihrer Partei durch ihre Handlungsweise erwuchs, gingen zu Rechtfertigungsversuchen über, aber sie griffen nicht zum Mittel der Wahrheit, sondern gingen um die wirklichen Tatsachen herum und suchten all die Nebenfächlichkeiten und Folgeerscheinungen der Verhaftung als Beweis für das Bestehen einer Soldatenverschwörung und der Schuld Brandes' anzuführen. Aber alle diese Versuche fanden ihre Widerlegung zum Teil durch Brandes' und zum Teil durch die unabhängige „Magdeburger Volkszeitung“; sie scheiterten kläglich. Schließlich erklärte Hähnsen in einer öffentlichen Versammlung der Rechtssozialisten, er halte die Verhaftung Brandes' für eine große Dummheit und Ungerechtigkeit der Regierung, aber — die Soldaten, ja, die waren es jetzt! — Alle jene selbständigen Taten einiger durch die Verhaftungen in begreifliche Erregung geratenen Hühner suchte man hervor und stellte sie in einem nicht der Wahrheit entsprechenden Licht dar, um den Beweis einer bestehenden Soldatenverschwörung zu erbringen. Auch dieses elende Machwerk brach an seiner eigenen Armseligkeit zusammen und die „Magdeburger Soldatenverschwörung und Militärrevolte“ blieb zuletzt nur noch im Hirn jener „Arbeiterführer“ sitzen, die aus lauter Angst, ihre warmen Köpfe zu verlieren, durch ein paar leidenschaftliche Worte ihrer eigenen Parteigenossen plötzlich in Fieber gerieten und zum Allerweltsmann Noske liefen und in der Hoffnung auf seine rettenden Maschinengewehre und Handgranaten, ihm ein großes Lügengewebe vortrugen. Ihre Phantastie schuf die Verschwörung und auf ihr Konto fallen alle die traurigen und beklagenswerten Ereignisse. Auf ihr Konto fällt auch der Einzug der Noskegarden in Magdeburg.

Es hat weder jemals eine solche Verschwörung in Magdeburg existiert, noch sind Vorbereitungen zu einem bewaffneten Widerstand getroffen worden. Hätten diese Vorbereitungen bestanden, wäre jedenfalls der Widerstand etwas anders ausgefallen, aber weder der Zentralsoldatenrat, noch Brandes gaben jemals Veranlassung oder Anregung dazu. Erfolgen ist es auch, daß eine Verbindung mit Berlin und anderen Garnisonen zur Vorbereitung eines bewaffneten Widerstandes bestanden, es waren überhaupt keine derartigen Verbindungen vorhanden.

Einer besonderen Erwähnung verdient noch das Verhalten des Oberfeuerwerfers Seidenschur, der Delegierter der Aktiven Unteroffiziersvereinigung war. Durch schöne Reden schmuggelte sich dieser Herr in die Sitzungen der Delegierten der Soldatenräte ein, benahm sich während der ganzen Zeit ziemlich radikal und absolut nicht allzu regierungstreuen, um dann nach Berlin zu fahren und den Mitverräter zu spielen. Am nächsten Tage aber ward er der Mitverfasser einer Entschliekung, die sich unberühn gegen die Maßnahmen der Regierung richtete. Trotzdem aber behauptete er

in einer Erklärung, die er nach der Haftentlassung Brandes' und Genossen gab, stets mit Worten und Taten zur Regierung gestanden zu haben.

Weims nannte ihn stolz seinen Parteigenossen und Moske und Maerder belobigten ihn öffentlich für sein entschlossenes Eintreten vor dem Einrücken der Regierungstruppen. Es scheint, als seien überhaupt die Taten dieses Rechtssozialisten besonders bemerkenswert.

Wenn man nun nach den Ursachen dieser ganzen für die gesamte Arbeiterschaft und das Proletariat niederschmetternden Begebenheiten forscht, so findet man nur zwei solcher Ursachen:

1. Die Niedergewingung der noch auf ihre revolutionären Rechte pochenden und standhaft gebliebenen Soldatentäte und die Besetzung Magdeburgs durch Moskogarden.

2. Die Benutzung dieser Gelegenheit, um mit einer vertwerflichen Gebe gegen die immer mehr erstarkende Unabhängige Partei vorzugehen und ihren Führer Brandes für lange Zeit unschädlich zu machen.

Da diese Regierung nur unter den Läufen von Kanonen und Maschinengewehren und unter dem Belagerungsgehänd ihre brutale, gegen die eigenen Arbeiter gerichtete Herrschaft ausüben kann, griff man zu der sich bietenden Gelegenheit, um gleich zwei Fliegen mit einem Schlag zu töten. Und doch, wie kläglich ist das Ergebnis. Die Rechte der Soldatenräte fielen und wurden zu einer toten Null herabgewürdigt und die Reaktion triumphierte. Aber die Arbeiter und Angestellten wachten auf und begannen den Betrug einzusehen, der mit ihnen getrieben wurde. Mit eigenen Augen sahen sie, in welcher Art die eigenen Parteiführer ihre Rechte schützten und ihre Presse ihnen Märchen aufsticht.

Sie sahen und werden es weiter sehen, in welcher gefährliche und das Proletariat verratende Politik sich die Regierung mit ihrem Cäsar Moske an der Spitze begeben hat, und werden sich dorthin wenden, wo für den wahren Sozialismus gekämpft wird.

Verurteilen doch schon selbst kapitalistische Kreise die Art dieser Gewaltpolitik. So schreibt in der Basel erscheinende „Handelszeitung, Organ für Handel und Industrie“:

Aber so wenig die Ziele des deutschen Kommunismus erfüllbar sind, und so wenig wünschenswert ihre Erfüllung wäre, so gewiß ist es doch, daß die blutige Mobeit der Moskogardisten, die alle Schändlichkeiten deutscher Kriegsführung in Belgien, Frankreich, Rumänien und Serbien im eigenen Lande wiederholt und noch steigert, vollkommen zwecklos bleibt und sich nur selber das Grab gräbt. Das deutsche Volk ist wund und verzweifelt; es befindet sich in schwerster Gemütskrankheit, es bedarf wohl der Heiligkeit, jedoch noch mehr des Verständnisses und der Güte. Moske kann nicht die Geldentwertung verhindern, nicht die Menschen zur Arbeit zwingen, ihnen nicht das geschundene Vertrauen in die Zukunft geben. Mag jetzt ein Streik beendet sein, er wird morgen wieder ausbrechen; ist München heute besetzt zu Moske's Rücken, so erheben sich andere Städte; es gilt die Ursachen der Krankheit zu beseitigen, nicht ihrer Symptome.

Eine dieser größten Ursachen aber ist die Untätigkeit auf dem Gebiete der Sozialisierung der hierzu reifen Betriebe; und was schreibt Professor Dr. Ballod, Mitglied der aufgelösten Sozialisierungskommission und wegen seiner wissenschaftlichen Arbeiten weit über Deutschland hinaus bekannt, unter dem Titel: „Ende der Sozialisierung“:

Aber kehren wir zu der Frage der Sozialisierungsmöglichkeiten zurück: Liegen die Dinge wirklich so, daß die deutschen Arbeiter, die durch Streiks heute die Sozialisierung erzwingen wollen, Verbrecher am Vaterlande sind, die sich reumütig an die Brust zu schlagen und demütig unter die kapitalistische Fuchtel zurückzukehren haben, damit der Kapitalismus die deutsche Volkswirtschaft weiter regiert? So will es die hochweise „sozialistische“ Regierung, Sozialistische? Nun, die Herren an der Spitze haben sich vor den Wahlen als Sozialisten gebätet, sind von den deutschen Arbeitern im Vertrauen auf ihre sozialistische Gesinnung gewählt worden. Jetzt haben sie entdeckt, daß die Sozialisierung eine Unmöglichkeit wäre. Folgerichtig wäre es ihre

Pflicht, ihre Mandate dem deutschen Volke zur Verfügung mit dem offenen Bekenntnis ihrer Gesinnungsänderung zu stellen. Das tun sie aber nicht, sie berufen sich darauf, daß die Mehrheit des deutschen Volkes bürgerlich gewählt hätte. Da hätten sie denn konsequenterweise die Pflicht, die Regierung niederzulegen, es den bürgerlichen Parteien allein zu überlassen, mit den heutigen Schwierigkeiten fertig zu werden. Das tun sie wiederum nicht — sie erachten es für ihre Aufgabe, der Reaktion zu dienen.

Wer die bürgerlich-demokratischen Blätter in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, der wird wissen, daß die einsichtigeren bürgerlichen Politiker bereits von einem Grauen ob des Stumpertums und der Antisozialisierungspolitik der Regierung erfaßt werden. Das „Berliner Tagblatt“ hat mit Recht das heutige Weimar mit Capua verglichen. Direktoren von Aktiengesellschaften sprechen es klar aus, der Hauptgrund der Erbitterung der deutschen Arbeiterschaft sei die von der Regierung befolgte Sozialisierungsmethode, d. h. die Methode, die Sozialisierung zu verschleppen. Man sieht: bei den führenden Geistern selbst der bürgerlichen Parteien findet sich die Einsicht, daß die heutige Regierung mit ihren Maximen dem Abgange zusteuert. Einsichtslos und blind sind bloß die in Weimar versammelten Parteiführer aller drei herrschenden Parteien und die die Regierung umschwebenden „sozialistischen“ Minister. Für die gibt es nichts zu sozialisieren, die haben sich von ihrer Geheimräten darüber belehren lassen, daß der Sozialismus das minderwertige wirtschaftliche System wäre.

Und am Schlusse seiner Ausführungen:

Die Arbeiter sind sich treu geblieben, die Regierungsmänner sich untreu geworden. Es kann und wird daher keine Ruhe geben, bis diejenigen, die jetzt das Rad der Wirtschaft aufhalten wollen, aus den leitenden Stellen weggesetzt sind. . . .

Das sind vernichtende, aber wahre Worte, und sie überzeugen durch ihre Sachlichkeit. Auch den heute noch Schwankenden werden sich die Augen öffnen, sie werden sich der Wahrheit nicht verschließen und diesen „sozialistischen“ Führern die Gefolgschaft verjagen. Nur eine Schwächung der Sozialdemokratischen Partei wird ihre Führer wieder auf der richtigen Weg verweisen. Ist aber die Partei so geschwächt, daß sie die Ursachen des Abfalls ihrer Anhänger erkennt, dann ist auch der Weg offen zu einer Orientierung nach links und zu einer Wiedervereinigung des Proletariats. Dann erst wird die letzte und endgültige Phase der Revolution und der endgültige Sturz des stärker denn je erwachten Kapitalismus und Militarismus erfolgen. Solange aber heißt es mit allen geistigen Mitteln, den Kampf gegen die sich zur Gegenrevolution rüstende Reaktion und gegen die von ihr höhnisch belächelte Volksregierung aufzunehmen. Darum beide Augen auf und frei die Stirn zum Kampfe gegen Anechtenschaft und Verdummung,

für den Sozialismus, Recht und Freiheit.

